



3 / 2018

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

RUNDBRIEF-SPEZIAL
zur Zukunftskonferenz
Schöne Neue Welt

Schöne Neue Welt 2048

Die Welt in 30 Jahren: flexibel, digital,
kosmopolitisch, aber leider nicht nachhaltig

Schöne Neue Welt

8.—9.
November 2018

Eine Konferenz über die Zukunft? Warum machen wir die Schöne Neue Welt Marijana Todorovic	2	Lebendiger Journalismus aus dem medialen Korallenriff Warum der Qualitätsjournalismus neue Strukturen braucht Christian Schwägerl	14
2048 – Mensch und Umwelt brauchen mehr als Nachhaltigkeit Eine Rückschau aus der Zukunft Prof. Dr. Kai Niebert	3	Schöne neue Hightech-Welt Geoengineering – wohin führen uns „Zukunftstechnologien“? Josephine Koch	16
Verantwortung übernehmen, Kooperationen ausbauen Ein Auftrag an die Zivilgesellschaft für die Zukunft Ernst-Christoph Stolper	4	Bleibe im Lande und wehre dich täglich Was ist Heimat im Jahr 2048? Sebastian Schönauer	18
Morgen wird alles besser Bestimmt der Blick in „unsere Zukunft“ wirklich die Politik? Elisabeth Staudt	6	Brot und Spiele Sport als Schauspiel der Emotionen oder als Spielball der Macht? Nelly Grotefendt	20
Wie Szenarien die Welt verändern können Herausforderung: die Post-Wachstumsgesellschaft Dr. Helmut Röscheisen	8	Krieg ist Frieden. Freiheit ist Sklaverei. Unwissenheit ist Stärke. Über das politische Wesen von Dystopien Marie-Luise Abshagen	22
Wir stehen vor dem Weltuntergang Aber das war schon immer so Jürgen Maier	10	Auf einen Blick Das passiert in der Schönen Neuen Welt	25
So geht Zukunft Einfach mal ausprobieren Interview mit Beate Schulz-Montag und Klaus Burmeister	12		



Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NGOs in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2018.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Forum Umwelt & Entwicklung, Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 910, E-Mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, Twitter: @ForumUE VERANTWORTLICH: Jürgen Maier REDAKTION: Marijana Todorovic und Josephine Koch KORREKTORAT: Julia Rintz LAYOUT: STUDIO114.de | Michael Chudoba TITELBILD: Andrew Weber Design DRUCKEREI: Knotenpunkt Offsetdruck GmbH REDAKTIONSSCHLUSS: 02. September 2018



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

dieses Heft ist der Zukunft gewidmet – es geht um Zukunftsvisionen, Zukunftsängste, Zukunftsfähigkeit. Für die Umweltbewegung, Entwicklungsorganisationen, die Zivilgesellschaft insgesamt, waren das immer wichtige Parameter: Nicht zuletzt wurde das wörtlich kaum übersetzbare englische Wort „sustainable“ anfangs mit „zukunftsfähig“ übersetzt. Heute sagen wir

meist „nachhaltig“, aber gemeint ist beides Mal, dass unser heutiges Wirtschaftsmodell für die Zukunft nicht taugt, nur auf Kosten der Zukunft überhaupt möglich ist.

Aber wie schwer es zu ändern ist, gegen welche massiven Widerstände „Zukunftsfähigkeit“ durchgesetzt werden muss, sehen wir in diesen Tagen besonders krass, nicht nur im Hambacher Wald. Noch immer kann mit Braunkohle, Dieselmotoren oder Glyphosat viel Geld verdient werden, und deshalb werden diese Geschäftsmodelle mit Zähnen und Klauen verteidigt. Wer nur in Quartalsbilanzen oder Wahlperioden denkt, für den ist die Zukunft nicht 2030 oder 2048, sondern nächste Woche, der nächste Monat, oder allenfalls noch nächstes Jahr.

Wenn es stimmt, dass wir so nicht weitermachen können, dann müssen wir dennoch konstatieren: Wider besseres Wissen machen wir meistens dennoch so weiter. Erst wenn es gar nicht mehr anders geht, gibt es einen Kurswechsel, eine der berühmten „Wenden“.

Das muss aber nicht so sein. Wenn wir die Zukunft gestalten wollen, statt nur Sachzwängen hinterherzulaufen, müssen wir besser verstehen, wie die Gegenwart geändert werden kann. Das Forum Umwelt & Entwicklung veranstaltet daher im November eine Science-Fiction-Konferenz ‚Schöne Neue Welt‘. Wir reisen ins Jahr 2048 und schauen uns an, wie die Welt geworden ist, und vor allem, warum sie so geworden ist, wie sie geworden ist – und zwar in 2 gegensätzlichen Varianten. Beide, Plan A und Plan B, setzen immerhin voraus, dass die Welt bis dahin nicht untergegangen ist. Nach der mit viel Kultur angereicherten Veranstaltung verstehen wir hoffentlich besser, was wir in der Gegenwart tun müssen, um die Zukunft tatsächlich zukunftsfähig zu machen und nicht nur davon zu reden.

Dieses Heft ist gleichzeitig der Konferenzreader. Wir beleuchten kritisch zentrale Elemente der Zukunftsdebatten, so zum Beispiel die Rolle von Szenarien und Prognosen. Schreiben sich alle die Zukunft, die sie wollen, und sobald sie als „Szenario“ oder „Prognose“ in einer „wissenschaftlichen Studie“ erscheinen, dienen sie als sich selbst erfüllende Voraussage? Auch der Weltuntergang kommt nicht zu kurz, vor dem wir schon oft gewarnt haben. Der Glaube an neue Technologien, die alle Probleme lösen, ist wohl so alt wie die Menschheit – auch darum geht es, wenn wir über Zukunft sprechen. Die Angst vor einer Zukunft, die alles über den Haufen wirft, vor Globalisierung, Digitalisierung – und die Rolle von Heimat als einer Konstanten im Wandel: aktueller denn je. Wie sieht der Journalismus der Zukunft aus, gibt es ihn überhaupt noch? Welche Zukunft hat die Umweltbewegung, oder soziale Bewegungen generell?

Wir wissen nicht, wie die Welt 2048 sein wird. Bis dahin wird noch vieles passieren, das wir nicht voraussehen konnten. Aber eines sollten wir wirklich nicht zulassen: Dass wir 2048 feststellen müssen, dass wir schon 2018 eigentlich wussten, was wir alles anders machen müssten, aber unfähig waren, es zu tun. Ich wünsche eine spannende Reise in die Zukunft mit hoffentlich vielen Aha-Effekten.


Jürgen Maier

EINE KONFERENZ ÜBER DIE ZUKUNFT?

Warum machen wir die Schöne Neue Welt

Die Idee, unseren Blick nun einmal ganz explizit weit in die Zukunft richten, entstand aus der Beobachtung, wie sehr wir und unsere Mitglieder, aber auch der gesamte politische Sektor, vom alltäglichen Klein-Klein bestimmt sind, von Projektantrag zu Zwischenbericht zur Abrechnung und wieder zu Projektantrag taumeln – dabei möchten wir doch eigentlich „die Welt retten“... aber wie? Die Konferenz soll auf kreative Weise Gedanken anregen und den Raum für Diskussionen darüber öffnen, welche Strategien langfristig gesehen tatsächlich zum Erfolg führen.

Auch wenn es verwunderlich klingt, eigentlich ist die Schöne Neue Welt gar keine Konferenz über die Zukunft, denn wir wollen mitnichten darüber spekulieren, wie die Welt wohl irgendwann aussehen könnte – fliegende Autos ganz nach dem Geschmack unserer Digitalministerin oder doch eher ganz autofrei? Luftschlösser zu bauen überlassen wir anderen. Die Fragen, die uns bewegen, sind: Wie können wir es schaffen, die Zukunft im Interesse von Mensch und Natur aktiv und wirkungsvoll mitzugestalten? Welche Strategien sind erfolgversprechend? Welche nicht? Worin sind wir gut und wie können wir das noch besser nutzen? Und auch: Mit wem können wir Allianzen schmieden?

Mitgestalten und kommunizieren können
Als Zivilgesellschaft haben wir den Anspruch, politische Prozesse im Sinne unserer Mitmenschen und der Natur mitzugestalten. Doch obwohl Umwelt- und Entwicklungsthemen mehr denn je auf der politischen Agenda, in den Medien und im Bewusstsein der Bevölkerung präsent sind, bleiben unsere politischen Erfolge nach wie vor begrenzt. Dafür mag es verschiedenste Gründe geben, aber eins ist klar: Wenn wir viel fordern – vom Verbot von Glyphosat über den Ausstieg aus der Kohle – dann sollten wir auch etwas anzubieten haben. Und damit hadern wir oft noch. Nicht nur unser Vokabular, auch die Bilder, die wir zeichnen, kommen eher der Apokalypse als einer lebenswerten Zukunft nah. Auch das muss Teil un-

serer Strategie sein: Wer mitgestalten und andere mitnehmen möchte, muss auch verlockende Angebote machen können. Aber wie sieht so eine Kommunikation aus? Darüber sollten wir sprechen.

Mal demonstrieren, mal kooperieren
Wenn es um politische Einwirkungen geht, lautet unser Credo: Pragmatismus vor Ideologie. Einmal kooperieren wir mit der Regierung, beispielsweise im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, ein anderes Mal mobilisieren wir gegen ihre Politik – unter anderem bei der Wir haben es statt-Demo, bei der NGOs jedes Jahr gemeinsam mit Bäuerinnen und Bauern zu tausenden für gutes Essen und nachhaltige Landwirtschaft auf die Straße gehen. So versuchen wir, mit den gegebenen Umständen und Mitteln möglichst effektiv möglichst viel zu erreichen.

Kooperationen, auch mit AkteurInnen, mit denen man nicht immer einer Meinung ist, können sinnvoll sein. Aber es muss auch nicht jede Entscheidung im Konsens getroffen werden – überhaupt, wann wurde die Welt schon mal im Konsens verändert? Nicht bei der Ausrufung der deutschen Republik (passenderweise am 9.11.1918 – exakt 100 Jahre vor unserer Konferenz), nicht beim Atomausstieg und ganz gewiss auch nicht bei ‚Stopp TTIP‘. Wichtigstes Ziel sollte sein, sich ganz der Sache zu verpflichten und zu versuchen, mit den uns verfügbaren Mitteln, unserer Rolle als Vertretung der Gesellschaft

und der Umwelt gerecht zu werden. Wer können hier unsere Verbündete sein? Auch darüber sollten wir sprechen.

Interessen vertreten
Den Spagat zu schaffen zwischen dem Schutz der Umwelt und der sozialen Frage ist nicht immer einfach. Wenn wir uns auf die Fahnen schreiben, dass wir die Interessen der Natur, aber auch der Menschen hier und überall auf der Welt vertreten, dann müssen wir zunächst einmal zuhören und verstehen, was die Sorgen der Menschen sind. Und dann müssen wir uns die Frage stellen, wer eigentlich noch vom bestehenden neoliberalen System profitiert und wer es aufrechterhält? Wie kann es sein, dass ein System, das so viele Verlierer und so wenige Gewinner produziert und das schon lange nicht mehr im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung ist, immer noch stetig weiter pervertiert wird? Wer sind die ProfiteurInnen, wer sind die TreiberInnen? Hierhin müssen wir schauen, wenn wir für die Menschen und ihre Umwelt eintreten sollen. Dort lauert auch die Antwort auf die Frage, wie wir den Neoliberalismus in den nächsten 30 Jahren wieder rückabzuwickeln können.

Mit der Schönen Neuen Welt möchten wir den Versuch unternehmen, uns all diesen Fragen zu nähern. Fernab des Alltags möchten wir einen Raum schaffen, wo wir uns auf eine ganz neue Weise den großen strategischen Fragen widmen können. Wo wir uns weiter organisieren und vernetzen können und dann hoffentlich mit ein bisschen mehr Weitblick zurück an den Schreibtisch gehen.



Marijana Todorovic

Die Autorin ist Referentin beim Forum Umwelt und Entwicklung und Mitorganisatorin der Schönen Neuen Welt.

2048 – MENSCH UND UMWELT BRAUCHEN MEHR ALS NACHHALTIGKEIT

Eine Rückschau aus der Zukunft

Was muss die Umweltbewegung tun, damit 2048 ein gutes Jahr wird, eines, in dem die Menschen keine Angst voreinander, vor Hilfesuchenden aus Afrika und selbstverursachten Klimastörungen haben müssen?

2018. Während die Kohlekommission in Berlin über das Ende der Kohleverstromung berät, wollte RWE im Rheinland neue Tagebaue eröffnen und dafür ein Landstück eines 100-jährigen Waldes roden. Nach einem langen Hitzesommer dämmert den Menschen im Land, dass hier etwas falsch läuft. Die Umweltbewegung läuft Sturm und weiß die gesamte Klimawissenschaft hinter sich. Wie sollen wir der Welt erklären, dass wir keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, aber das Klima mit unserer Kohle weiter anheizen wollen? Der Hambacher Wald wird so zum Wackersdorf der Kohleindustrie, als die Umweltbewegung erkennt, dass sie wieder streiten muss.

Das Ende der 2010er Jahre war durch Paradoxien geprägt: Die BürgerInnen wollen gesundes Essen und keine Bienen auf dem Gewissen haben. Sie wollen sich vom Plastikmüll befreien. Sie wollen grünen Strom statt rauchender Schloten und dreckiger Autos. Doch ein Konglomerat aus fossiler Industrie und angstvoller Politik sorgt dafür, dass sich immer mehr Menschen von nachhaltigem Handeln abwenden und Scheinalternativen wählen. Die falsche Alternative für Deutschland gewinnt eine Wahl nach der anderen.

2028. Während der Anfang der 2020er Jahre noch durch politischen Stillstand geprägt war, überschlagen sich die Ereignisse nun: Die Kohle hat sich 2028 selbst aus dem Markt katalpultiert – sie war schlichtweg zu teuer. Und während Bayer und Co. gestützt durch den Staat weiter Böden und Essen vergifteten, sahen sich die Umweltverbände gezwungen, ihre Strategie zu wechseln. Umweltpolitik fand nun vor Gericht statt: Aufbau-

end auf klaren Gesetzen gewannen sie einen Prozess nach dem anderen: Verursacher von Umweltverschmutzung wurden für ihre Schäden in die Verantwortung genommen. Dadurch wurden Städte sauberer, die Qualität des Essens gesichert, und die Luft konnte man auch an großen Straßen wieder atmen. Von Klimaschäden betroffene Menschen erhielten Anspruch auf Entschädigung, auch über Staatsgrenzen hinweg.

2038. 2030 kamen die Staats- und Regierungschefs zusammen, um ihre „Global Goals“, ihre 17 Ziele zur Weltrettung zu evaluieren. Das Klima war noch nicht gerettet, aber die Erfolge der Industriestaaten machten Mut. Ein konsequenterer Schutz von Umwelt und Klima zeigte, dass die Staaten handlungsfähig sind – wenn sie zur Kooperation bereit sind. Doch insgesamt zeigte sich nur ein mäßig optimistisches Bild. Besser wurde es erst, als die Umweltbewegung in den folgenden Jahren schließlich ihre Bürgerlichkeit ablegte: Mit ihren Klagen konnte sie zeigen, dass ein konsequenter Schutz von Mensch und Umwelt gerade diejenigen ohne Spitzenverdienst schützt. Einen Durchbruch hat sie schließlich erlangt, als sie erkannte, dass die Haupttreiberinnen der Umweltzerstörung Gier und Ungleichheit sind. Seither schreibt sie das SOZIALE in der Nachhaltigkeit groß und macht sich mit Gewerkschaften und Kirchen für eine faire Verteilung des Reichtums in Deutschland stark. Auf seiner Mitgliederversammlung 2028 wird der Dachverband der deutschen Umweltbewegung schließlich konsequent in die ‚Vereinigung für Mensch und Umwelt‘ umbenannt: Die Umweltbewegung ist zu einem sozialen Anker in der Gesellschaft geworden.

2048. Das Jahrzehnt der Erfolge: Die Energiewende hat funktioniert, die Agrarwende hat die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt und die Verkehrswende hat den Menschen ein freies Bewegen in der Stadt ermöglicht. Die Umweltbewegung ist am Ziel, doch ihr droht die Orientierungslosigkeit: Wofür soll man kämpfen, wenn man alles erreicht hat? Den Ausweg findet sie in einem Paradigmenwechsel: Während die 2020er Jahre davon geprägt waren, dass sie aufzeigte, dass die planetaren Belastungsgrenzen in der Nachhaltigkeit nicht verhandelbar sind, hat sie in den 2030er Jahren erkannt, dass die planetaren Belastungsgrenzen nur innerhalb der sozialen Belastungsgrenzen erreichbar sind. 2048 entsteht ein neues Paradigma. Nachhaltigkeit ist ein äußerst konservatives Konzept: Sie will erhalten, was verloren zu gehen droht. Doch nun geht es nicht mehr um das alleinige Erhalten, um das Abwenden von Schäden. Nun geht es darum, den Zustand von Natur, Umwelt und Gesellschaft zu verbessern. Es wird nicht mehr nach hinten, sondern nach vorne geschaut.

Die im Deutschen Naturschutzring organisierten Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände haben mehr Mitglieder als alle großen Volksparteien zusammen. Dieses Potential gilt es zu nutzen. Es gilt zu streiten und zu kämpfen. Wir waren schon einmal in der Lage, gesellschaftliche Großprojekte wie den Atomausstieg zu initiieren. Jetzt geht es um nichts weniger, als die Welt zu verändern. Und zwar zum Guten.



Prof. Dr. Kai Niebert

Der Autor ist Präsident des Deutschen Naturschutzrings und leitet den Lehrstuhl Didaktik der Naturwissenschaften und der Nachhaltigkeit an der Universität Zürich.

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN, KOOPERATIONEN AUSBAUEN

Ein Auftrag an die Zivilgesellschaft für die Zukunft

Wenn Politik Probleme nicht löst, sondern nur noch nach Schuldigen sucht, muss Zivilgesellschaft sich stärker einmischen. Die Instrumente dafür sind vorhanden, notwendig sind mehr Kooperationen und der Wille zur Eimischung. Ein schmerzhafter Blick in die Vergangenheit und 2 optimistische Blicke in die Zukunft geben Anstöße für neue Wege zur Gestaltung unserer Zukunft in einem post-neoliberalen Zeitalter.

Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen – sagt ein Bonmot, das verschiedenen Urhebern zugeschrieben wird. Mit der Vergangenheit ist es da einfacher, auch wenn vieles im öffentlichen Bewusstsein verschüttet ist. Machen wir also zuerst eine Zeitreise über 100 Jahre zurück, in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, erleben wir dort eine Überraschung. Was uns heute als graue Vorzeit erscheint, war damals das genaue Gegenteil: Wirtschaftlich, kulturell und technologisch eine Zeit des Aufbruchs und des Optimismus. Niemals zuvor hatte die Globalisierung eine solch hohe Entwicklungsstufe erreicht. Wichtige technische und naturwissenschaftliche Fortschritte kennzeichnen diese Zeit – von Maschinenbau und Elektrizitätswirtschaft über Verkehrs- und Kommunikationstechnologien bis hin zur Medizin. Selbst die Anfänge der Elektromobilität lagen in dieser Zeit: 38 Prozent der in den USA betriebenen Autos waren elektrisch angetrieben. Kurzum: Eine ziemlich optimistische Zeit.

Was danach kam, wissen wir alle: Ein Jahrhundert geprägt von 2 Weltkriegen, unaussprechlichem menschlichen Leid, kultureller Verrohung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Erst langsam haben sich Wirtschaft und Gesellschaft davon wieder erholt.

Diese schmerzliche Zeitreise lehrt uns eins: Wenn wir über einen Zeitraum von mehr als einer Generation in die Zukunft blicken wollen, gewöhnen wir uns besser an den Gedanken, dass nichts wirklich sicher ist und

Zukunft sich nicht linear entwickelt. Aber wir bleiben auch mit der brennenden Frage zurück: Was sind die Weggabelungen, an denen sich entscheidet, ob wir in eine goldene oder in eine schwarze Zukunft gehen? Was kann Zivilgesellschaft tun, um eine nachhaltige Zukunft zu gestalten? Diese Frage können wir nicht beantworten, ohne zuvor einen Blick auf 2 zentrale ökonomische und technologische Megatrends unserer Zeit zu richten

Energiewende und Digitalisierung
Ohne Erschließung und Ausbeutung fossiler Energieträger ist die rasant Entwicklung der Industriegesellschaft in den letzten 2 Jahrhunderten

nicht denkbar – um den Preis zunehmender Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Anders als wir noch vor 40 Jahren gedacht haben, wird diese Industriegesellschaft nicht an mangelnden Ressourcen zugrunde gehen, sondern weit zuvor an ihren Ausscheidungen ersticken. Dafür stehen der vom Menschen verursachte Klimawandel, die Abnahme der Biodiversität und die Vermüllung unserer Meere, kurz: die Probleme des Anthropozän.

Auf der anderen Seite hat aber die bahnbrechende Entwicklung im Bereich der Erneuerbaren Energien die Möglichkeit geschaffen, unser gesamtes Energiesystem – für eine erheblich gestiegene Weltbevölkerung – komplett umzustellen. Blicken wir nur 30 Jahre zurück, so war das keineswegs selbstverständlich. Damit haben wir alle Schlüssel zur effektiven Problemlösung in der Hand, es ist allein eine Frage des Willens zur Beseitigung überholter Machtverhältnisse.

Anders sieht es bei der Digitalisierung aus. Sie zeigt alle Merkma-



© Mehr Demokratie (BY-NC 2.0)

le disruptiver Technologien in einer frühen Phase. Die Entwicklungen finden viel schneller statt als die rechtlichen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen hinterherkommen können – verbunden mit neuen massiven ökonomischen Machtkonzentrationen und gesellschaftlichen Brüchen. Gestaltung täte not, aber große Teile der Politik stehen hilflos daneben oder betätigen sich als naive Antreiber, wie die FDP mit ihrem Spruch „Digital first – Bedenken second“ im letzten Bundestagswahlkampf. Dass in einem solchen Umfeld krisenhafte Entwicklungen vorgezeichnet sind, versteht sich von selbst. Ob am Ende aber autoritäre Regime und grenzenlose Konzernmacht stehen, das haben wir durchaus noch in der Hand. Was spräche z.B. gegen die Überführung von Facebook und Co. in gemeinnützige Strukturen mit zivilgesellschaftlicher Beteiligung?

**Wo Politik versagt,
muss Zivilgesellschaft
aktiv werden**

Womit wir wieder bei der Rolle und Verantwortung zivilgesellschaftlicher Organisationen wären. Ihre Bedeutung ist in den letzten Jahrzehnten nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit erheblich gestiegen. Kein nationales, europäisches oder internationales Regulierungsvorhaben, in dem nicht zivilgesellschaftliche Institutionen eine wichtige Rolle spielen, mal in Kooperation, mal im Konflikt wie z.B. bei der Verhinderung des Handelsabkommens TTIP. Daraus ergibt sich aber auch mehr Verantwortung. Gerade in Zeiten, in denen sich eine Regierung mehr mit der Beschreibung von Problemen als mit deren Lösung beschäftigt, muss Zivilgesellschaft sich stärker einmischen und mehr themen- und akteursübergreifende Kooperationen anstreben.

Machen wir also nach der Zeitreise in die Vergangenheit eine Reise in die Zukunft – 2 Szenarien zur Beflügelung unserer Phantasie:

1. NGO-Kooperation bringt Konsens über Grundeinkommen

Nach der 4. Regierungskrise der großen Koalition im Jahr 2019 war es ihnen zu bunt geworden: Zusammen mit Gewerkschaften und Online-Campaignern gründeten Umwelt-, Sozial- und Demokratieverbände

ein themenübergreifendes Diskussions- und Kampagnenportal. Ziel: Erarbeitung von eigenen Lösungsvorschlägen. Der Gründungsprozess war nicht einfach, schließlich bedurfte es einer längeren Probephase, um Vertrauen in das neue Instrument und die Kooperation zu schaffen. Eine neue Kombination von Offline-Aktivitäten wie Bürgergutachten und Online-Abstimmungen wurde erprobt – die langjährige Erfahrung vieler NGOs mit Digitalisierung hatte das möglich gemacht. Im Jahr 2028 war es dann so weit: Das erste von insgesamt 18 Projekten war fertig: Marie-Luise A., Sprecherin der AG Nachhaltige Sozialsysteme, konnte Sozialministerin Annalena B. und den Fraktionsvorsitzenden den Vorschlag für ein zukünftiges Grundeinkommen übergeben. Nicht jedes Detail konnte geklärt werden, aber der Durchbruch war geschafft und außerdem blieb Spielraum für die weiteren parlamentarischen Beratungen.

2. Frühzeitige Krisenvorbereitung bringt nachhaltige Mobilität

Die NGO-Debatten des Jahres 2020 waren von einem merkwürdigen Widerspruch gekennzeichnet: Viel und oft wurden Krisen beschworen, aber die Forderungspapiere enthielten meist nur prozentuale Plan-Steigerungsraten oder CO₂-Preiserhöhungen. Das war einerseits sympathisch, denn wer wollte schon mutwillig Krisen herbeireden – andererseits aber auch ein wenig naiv und fahrlässig. Zu frisch war noch die Erinnerung an die Finanzkrise 12 Jahre zuvor, als die Automobilindustrie mit der Abwrackprämie vorgeführt hatte, wie man in der Krise zum eigenen Nutzen Vorschläge aus der Schublade zieht. Was, so stellten einige NGO-VerkehrspolitikerInnen die bange Frage, wenn die irre Gewinnblase der Autokonzerne platzen sollte? Würde dann die Bundesregierung gar die Autokonzerne mit Steuermitteln stützen? Grund genug für ExpertInnen aus BUND, ADAC und IG Metall sich mit einer Reihe von WissenschaftlerInnen zusammzusetzen und Pläne zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, zur Ankurbelung der Bahnwirtschaft sowie zur Produktion von Elektrobussen und kleinen Elektromobilen zu schmieden. Lange Zeit lagen sie in der Schublade und wurden von Zeit zu Zeit aktualisiert. Kleine Teile daraus konnten bereits

in die Koalitionsverhandlungen 2026 eingebracht werden. Im Jahr 2038 kam es dann doch noch zum großen Crash. China und die USA schlossen in ihrem neuen Handelsabkommen die Einfuhr von Autos mit Verbrennungsmotor und einem Gewicht von über 200 Kilogramm pro beförderter Person aus. Bereits wenige Monate zuvor hatte die Europäische Kommission ein Milliarden-Joint Venture von Google und Tencent zusammen mit Dupont und BASF durchwinken müssen – für Produktionsstätten selbstfahrender Micro-E-Mobile in der Lausitz, Neapel und Birmingham. Die Auswirkungen für die deutschen Autokonzerne waren fatal. Nach nur 2 Wochen richtete Bundeskanzler Kevin K. 2 Kommissionen ein – zur zukünftigen Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und zur Begleitung der Konversion bestehender Automobil-Produktionsstätten. Das selbstverschuldete Ende der großen Automobilkonzerne öffnete den Weg in eine neue nachhaltige Mobilitätswirtschaft.

Illusorisch? Utopisch? Mag sein. Aber notwendiger denn je. 2 Beispiele, die zeigen, wie zivilgesellschaftliche Organisationen neben ihrer Funktion als Wächter und Interessensvertreter in Zukunft stärker Verantwortung übernehmen könnten.

Nach über 3 Jahrzehnten Liberalisierung und Deregulierung neigt sich das neoliberale Zeitalter dem Ende zu. Es scheitert daran, die Begrenztheit unserer natürlichen Lebensgrundlagen missachtet zu haben, und verliert immer mehr den Anspruch eines universalen Leitmotivs. Die aggressive und autoritäre Variante steht schon bereit, im Krisenfall die Nachfolge anzutreten. Es ist auch unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft, an der Erarbeitung einer Alternative auf der Grundlage gemeinnütziger und gemeinwohlorientierter Strukturen mitzuarbeiten.



Ernst-Christoph
Stolper

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender des Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.



© Thomas Kohler (BY 2.0)

MORGEN WIRD ALLES BESSER

Bestimmt der Blick in „unsere Zukunft“ wirklich die Politik?

Der Blick nach vorne ist eine beständige Komponente unserer politischen Kultur. PolitikerInnen werden nicht müde, uns von ihrem Einsatz für „unsere Zukunft“ überzeugen zu wollen. Dass sie damit eher den Zeitraum bis zu ihrer Wiederwahl anstatt bis 2048 meinen, wird in der politischen Rhetorik nur zu gerne offengehalten. Gleichzeitig bleiben diejenigen häufig außen vor, die wirklich die „Zukunft unseres Landes“ sind: junge Menschen.

Zukunftsfest“, „zukunftsfähig“, „zukunftswisend“, „zukunftorientiert“ und „zukunftsgerecht“ – der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist gespickt mit Versprechen für unsere Zukunft. Über 100 Mal taucht der Begriff in dem Dokument auf und macht einmal mehr deutlich, wie allgegenwärtig der Blick in die Wahrsagekugel für die politische Rhetorik ist. Das sah in den Regierungspapieren von 2013 oder 2009 nicht anders aus.

Auf in die „enkeltaugliche“ Zukunft
Auf den ersten Blick ist die Fokussierung auf die Zukunft aus unserer po-

litischen Kultur nicht wegzudenken. Die Politik soll für ihre BürgerInnen sorgen – heute, morgen und am besten für immer. Alles soll besser werden, sicherer und gerechter sowieso. Und alle politischen Entscheidungen müssen diese Entwicklung garantieren. So einfach, so gut. Ein beliebter Fixpunkt sind dabei „unsere“ Kinder und Enkel – für eine „enkeltaugliche Zukunft“ strahlen uns PolitikerInnen in der gesamten Bundesrepublik von ihren Wahlplakaten entgegen. Und Bundeskanzlerin Merkel mahnt in der Öffentlichkeit sehr gerne an, dass politische Entscheidungen „enkeltauglich, oder wenigstens mal kindertauglich“ sein müssen. Eine

wichtige Frage ist vielleicht, was diese Strategie über uns alle als WählerInnen aussagt. Glauben wir in Zeiten von globalen Verwerfungen und schwindenden Ressourcen wirklich daran, dass unsere Enkelkinder es eines Tages besser haben werden als wir?

Stimmenfang mit Zukunftsträumen
Sicherlich kann der Blick in die Zukunft nur in die breite Palette der Wahlkampfversprechen eingereiht werden. Längst sind wir daran gewöhnt, dass Versprechen im Wahlkampf nicht auf die Goldwaage gelegt werden können. Seien es am Ende bitter erkämpfte Kompromisse oder schlichter Eigennutz unserer gewählten VertreterInnen, die Erfahrung von nicht erfüllten politischen Versprechen kommt uns allen nur allzu bekannt vor. Eine aktuelle Studie über die letzten Legislaturen zeigt, dass die letzten Regierungen auf Bundesebene etwa 60 Prozent ihrer Wahlversprechen in reale Politik

umsetzen konnten.¹ Diese Zahl mögen wir als hoch oder niedrig empfinden – eine klare Diskrepanz lässt sich nicht wegdiskutieren.

Dieser Umstand macht die Frage möglicherweise viel spannender, warum das Konzept der Zukunft überhaupt als so starkes und wirksames Motiv in der politischen Sprache betrachtet wird. Am Ende kommt darin zum Ausdruck, dass wir unseren gewählten VertreterInnen das Vertrauen aussprechen, dass sie weitaus besser abschätzen, welche Umstände und Schwierigkeiten unserer Gesellschaft zukünftig begegnen werden, als wir es je könnten. Wie „gütige Herrscher“ haben sie das Schicksal „ihres Volkes“ fest im Griff. Dass ein solches, uneingeschränktes Einfordern von Vertrauen zu umso mehr Politikverdrossenheit führt, wenn die Regierung nicht mehr in der Lage ist, uns vor den Verwerfungen der globalisierten Welt zu schützen, wird viel zu wenig diskutiert.

The Future is
not ours to see...

Zugegebenermaßen werden die Faktoren, die unser Leben und unsere Zukunft beeinflussen, komplexer und global vernetzter. Ob es nun die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die globale Sicherheitslage, weltweite Migrationsbewegungen oder Umweltbedrohungen wie der Klimawandel sind, ihre konkrete Vorhersage und damit Kontrollierbarkeit nimmt stetig ab. Ganz zu schweigen von Lösungen und Antworten auf diese Herausforderungen, die schon lange nicht mehr auf kommunaler oder auch nationaler Ebene zu finden sind.

Bei Wahlkampfstrategien in Deutschland (und weltweit) ist das Erfolgsrezept jedoch weiterhin unumstritten: Das Versprechen für eine bessere Zukunft. Und warum auch nicht? Dass politische Entscheidungen im Sinne der nachfolgenden Generationen getroffen werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt zumindest nicht abschließend falsifizieren. Und im Zweifelsfall müssen unsere SpitzenpolitikerInnen nicht mehr Rede und Antwort stehen, wenn sich ihre Vorhersagen in 30 Jahren als nicht besonders realitätsnah erweisen. 51 Jahre beträgt das Durchschnittsalter in Merkels aktuellen Kabinett.

Sind wir alle doch mal ehrlich: Wirklich enkeltauglich wäre eine Po-

litik, mit der nicht die Ressourcen des Planeten unwiderruflich zerstört werden, Reichtum zunehmend in den Händen Einzelner konzentriert ist und Millionen von Menschen weltweit in die Flucht getrieben werden. Wahlversprechen zur Beantwortung dieser Zukunftsfragen haben wir in der letzten Bundestagswahl jedoch schmerzlich vermisst.

Die Zukunftsfrage ist nur als Gerechtigkeitsfrage zu lösen

In welcher Form könnte unser schwerfälliger Politikapparat eine ehrliche Komponente der Lern- und Anpassungsfähigkeit entwickeln? Wie könnte eine wirksame politische Beteiligung der zukünftigen Generationen aussehen? Werfen wir zunächst einen Blick auf aktuelle Entscheidungen der großen Koalition. Unter der Federführung des SPD-geführten Arbeitsministeriums wurde ein Rentenpaket geschnürt, das nachkommende Generationen noch für Jahrzehnte belasten wird. Ab 2019 sollen die Leistungen aus der Rentenversicherung ausgeweitet werden. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels werden heute Rentenversprechungen gemacht, die morgen kaum noch zu halten sind. Einmal mehr wird deutlich, dass an den Wählerstimmen von 20 Millionen RentnerInnen niemand vorbeikommt. Aber auch in anderen Ländern wird in letzter Zeit deutlich, wie ein Übergewicht der älteren Generationen, die Zukunft eines ganzen Landes entscheidet. Bei der Volksbefragung zum Brexit in Großbritannien wurde erschreckend deutlich, wie die Meinungen zwischen den verschiedenen Generationen auseinanderdriftet. Am Ende wurde gegen den mehrheitlichen Willen einer jungen Generation entschieden, die eine Welt ohne die Europäische Union gar nicht mehr erlebt hat und die schon lange nicht mehr innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten denkt.

Zukunft für die, die sie erleben werden
Unerwähnt in der Debatte bleiben auch die 13 Millionen BundesbürgerInnen in Deutschland – Kinder und Jugendliche – die vom Grundrecht, wählen zu dürfen, systematisch ausgeschlossen werden. Der „Zukunft unseres Landes“ bleibt es leider verwehrt Entscheidungen mit zu beeinflussen, mit denen sie am

Ende wirklich leben müssen. Immer wieder gibt es neue Anstöße und Initiativen, ein Wahlrecht ab 0 Jahren zu realisieren. Sinnvoll erscheint der Vorschlag vielen, einer Umsetzung scheint er aber nicht näherzurücken. Seltsam eigentlich, selten gab es die Gelegenheit, die eigene Partei für eine gewaltige Anzahl an NeuwählerInnen attraktiv zu machen. Am Ende lauert möglicherweise tatsächlich die Angst, dass politische Entscheidungen sich inzwischen viel zu weit davon entfernt haben, was unsere Kinder und Enkel wirklich brauchen und umso deutlicher wird, dass eigentlich nur eine kleine Elite des Landes von aktuellen politischen Entscheidungen profitiert.

Viele Problemfelder, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene heute betreffen, finden kaum Platz in der öffentlichen Diskussion. Etwa, dass jedes 5. Kind in Deutschland von Armut betroffen ist. Oder wie schwer der erste Berufseinstieg für junge Menschen geworden ist und in deutlich schlechter bezahlten und prekäreren Arbeitsverhältnissen endet, als ihre Eltern je erleben mussten. An diesem Punkt wird plötzlich deutlich, für wen die schönen Versprechungen um eine bessere Zukunft tatsächlich gemacht werden. An die Menschen in Deutschland, die persönlich erlebt haben, dass eine bessere Zukunft und ein Leben in Wohlstand für sie möglich ist. Die persönlich nicht anzweifeln müssen, dass die Regierung ihre Interessen auch vertritt. Umso bitterer ist die Erkenntnis, dass mit politischen Zukunftsversprechen am Ende diejenigen Menschen verhöhnt werden, die die Kosten für „unsere bessere Zukunft“ tragen und mit Sicherheit tragen werden – „enkeltauglich“ sieht anders aus.



Elisabeth Staudt

Die Autorin ist Referentin für nationale Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

¹ http://acumen.lib.ua.edu/u0015/0000001/0000968/u0015_0000001_0000968.pdf.

WIE SZENARIEN DIE WELT VERÄNDERN KÖNNEN

Herausforderung: die Post-Wachstumsgesellschaft

Szenarien über die Zukunft gibt es schon lange. Sie sind besonders geeignet, notwendige Paradigmenwechsel zu erklären und vorzubereiten. Entsprechend beliebt sind sie in der Umweltpolitik und werden auch von der Umweltbewegung gerne eingesetzt. Der Artikel wirft einen Blick auf frühere Szenarien der Umweltbewegung, beschreibt deren Folgen und formuliert mögliche Zielsetzungen für zukünftige Szenarien.

Szenarien stellen Möglichkeiten der Zukunftsentwicklung dar, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit eintreten können. Szenarien werden jeweils bewusst für unterschiedliche Ziele eingesetzt, haben aber nicht den Anspruch, präzise Vorhersagen zu treffen. Vielmehr wollen sie die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung von Faktoren und deren Wechselwirkung lenken. Es geht um Transparenz und Offenheit von politischer Gestaltung, einer vorsorgenden und langfristig angelegten Politik, Konsistenz, Resilienz und Fehlerfreundlichkeit.¹

Anhand von 2 Beispielen aus den 1980er Jahren wird die Wirkung von Szenarien exemplarisch dargestellt. Gleichzeitig zeigen diese Beispiele, wie schwierig es ist, die relevanten Einflussfaktoren zu erfassen und einzuschätzen, besonders wenn die Szenarien weit in die Zukunft reichen.

Energiewende-Szenario Öko-Institut

Das Öko-Institut hat in den 1980er Jahren in einer wegweisenden Studie ein Szenario entwickelt, das aufzeigt, wie kurzfristig auf den Einsatz der Atomenergie verzichtet und der Einsatz von Erdöl und Erdgas für energetische Zwecke bis zur Jahrhundertwende um fast die Hälfte gesenkt und bis 2030 vollkommen überflüssig gemacht werden könnte.

Das energiepolitische Handeln orientiert sich vorrangig an der besseren Energienutzung durch energiesparende Techniken, aber ohne Komfortverzicht und Verhaltensänderungen. Die Wachstumsannahmen des Szenarios legen Prognosen maßgeblicher wirtschaftswissenschaftlicher Institute zugrunde. Danach

wächst das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis 2030 auf das 3,2-fache pro Kopf im Vergleich zu 1973.² Die Wiedervereinigung Deutschlands und die stärkere Migration von Flüchtlingen konnten natürlich nicht vorausgesehen werden.

Von großer Bedeutung für den Energiebedarf ist der wirtschaftliche Strukturwandel. So wird der Beitrag weniger energieintensiver Sektoren wie Handel, Dienstleistungen und Staat am BIP zu Lasten des Anteils der produzierenden Industrie größer.

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ist der Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen. 2014 haben die erneuerbaren Energien die Braunkohle erstmals überholt.³

Aktionskonferenz gegen
Sauren Regen und
Waldsterben 1983 in
Freudenstadt

Große bundesweite Aufmerksamkeit
fand die mehrtägige gemeinsame

Veranstaltung mehrerer Umweltverbände gegen das Waldsterben. Sie endete mit dem Freudenstädter Appell zur Rettung des Waldes und einem umfangreichen Forderungskatalog, der bis Ende 1984 erfüllt sein sollte. Grundlegendes Szenario war, dass der Tod unserer Wälder innerhalb eines Jahrzehntes unausweichlich und unabwendbar sein wird, falls nicht die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden. Auch in den Medien wurde damals über eine baldige Entwaldung Deutschlands breit diskutiert. 25 Jahre später gilt die Waldebatte als beispiellose Erfolgsgeschichte der deutschen Umweltbewegung. Die wirksame Bekämpfung des Schwefeldioxydausstoßes von Kraftwerken und Fabriken, der Einbau von Katalysatoren zur Reduzierung der Stickoxide aus Autos und weitere Maßnahmen trugen entscheidend dazu bei, dass das großflächige Waldsterben nicht im befürchteten Umfang stattgefunden hat.

Schlussfolgerung aus den
beiden Beispielen

Die Vergangenheit zeigt, dass Szenarien für die Umweltbewegung maßgeblich waren, um die Politik wachzurütteln und zu den notwendigen Maßnahmen zu veranlassen. Das Energiewende-Szenario des Öko-Instituts war Grundlage für den sich



© Photo by rawpixel on Unsplash

vollziehenden Paradigmenwechsel in der Energiepolitik. Der bis dahin als unumstößlich geltende parallele Verlauf von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum bei der Energiebedarfsrechnung galt durch die Hinweise auf die Auswirkungen des sich abzeichnenden wirtschaftlichen Strukturwandels als überholt. Das Szenario schuf den konzeptionellen Freiraum für die sich rasch ausbreitenden und erfolgreichen Experimente mit erneuerbaren Energien und die drängender werdenden Forderungen nach einem Ausstieg aus der Kernenergie und den fossilen Energieträgern. Strategisch besonders bedeutsam war, dass das Szenario nicht allein auf die Beeinflussung der nationalen Politikebene abzielte, sondern auch die kommunalen politischen Entscheidungsträger ansprach. Dies war umso erfolgreicher, als gleichzeitig immer mehr AktivistInnen, Bürgerenergieinitiativen und Privatpersonen sich für eine Energiewende einsetzten. Eine gelungene Kommunikation und ein hoher Bekanntheitsgrad machten das Szenario bald zu einem Selbstläufer. Kritisch ist allerdings zu sehen, dass die offensichtlich wegen der höheren Akzeptanz ausgesparten Themen Komfortverzicht und Verhaltensänderungen sich vor allem im Verkehrssektor bitter rächen. Beide Vorgänge zeigen, dass Szenarien als politisches Instrument kein Allheilmittel sind und ihre Wirkung beschränkt bleibt.

Bei der Debatte um das Waldsterben agierten die Umweltorganisationen mit einem zugegebenermaßen überspitzten Szenario. Es beruhte auch auf keiner umfassenden Studie, hatte aber einen einflussreichen Verbündeten, die jährlichen von der öffentlichen Hand vorgestellten Waldschadensstatistiken. Der darin dokumentierte dramatische Anstieg des Ausmaßes an den Waldschäden eignete sich hervorragend als Grundlage für die Kampagnen der Umweltorganisationen. Hinzu kam der hohe Stellenwert, den der Wald bei der Bevölkerung genießt. So war es letztlich die Angst vor den WählerInnen, der die Politik zu gesetzgeberischen Maßnahmen trieb.

Entsprechend ihrer Zielsetzung finden in Szenarien Einflussfaktoren wie Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum Eingang, die nur schwer abschätzbar sind. Damit solche umfassenden Szenarien überhaupt realistisch bleiben, werden,

wie beim Klimaschutz, gleich mehrere Szenarien angewandt. Es stellt sich dann die Frage, welches Szenario am wahrscheinlichsten, welches am wünschenswertesten ist und wie wir dahin kommen.

Klimaszenarien

Zu den wichtigsten menschlichen Einflüssen auf das Klima zählen Emissionen von Treibhausgasen, insbesondere CO₂, Methan und Lachgas. Zur Vorbereitung des 5. Sachstandsberichtes des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) wurden 4 „repräsentative“ Szenarien ausgewählt, die eine mögliche technologische und ökonomische Zukunft unter Berücksichtigung demographischer Entwicklungen berücksichtigen. Die Szenarien unterscheiden sich hinsichtlich der Höhe des Wirtschaftswachstums, der Entwicklung der Weltbevölkerung und des Umfanges und der Geschwindigkeit bei der Einführung neuer und effizienter Technologien. Nach den aktuellen Erkenntnissen der möglichen Auswirkungen von Jet-Strömen, das sind Luftströme in der unteren Atmosphäre, die sich in schneller Bewegung um die Erde drehen, dürfte die in Paris 2015 vereinbarte maximale Temperaturerhöhung von unter 2 Grad Celsius kaum noch erreichbar sein. Vielmehr müssen wir mit globalen Temperaturanstiegen von 3 Grad und mehr rechnen! Realistische Szenarien müssen daher durch einen raschen wirtschaftlichen Strukturwandel mit ressourceneffizienten Technologien, einer nur noch langsam wachsenden Weltbevölkerung und einer wirtschaftlichen Entwicklung auf maximal mittlerem Niveau charakterisiert sein.

Szenarien für eine Post-Wachstumsgesellschaft

Umso dringender ist es, sich kritisch mit der nach wie vor dominierenden Vormachtstellung des wirtschaftlichen Wachstums auseinanderzusetzen. Zumal wir neben dem Klimawandel auch bei der Biodiversität, biogeochemischen Kreisläufen und der Landnutzung die 2009 unter Leitung von Johan Rockström entwickelten Planetarischen Leitplanken oder Belastungsgrenzen längst überschritten haben. Überfällig sind Szenarien, wie sich eine Volkswirtschaft ohne Wachstum des BIP auf Beschäftigung, Einkommens- und Vermögensverteilung, Soziale Siche-

rungssysteme, Staatsverschuldung, Gesundheitswesen und materiellen Lebensstandard auswirkt. In einer Veröffentlichung des Roman Herzog Instituts zeigt z. B. ein Szenario für Nullwachstum mögliche Auswirkungen im Gesundheitsbereich.⁴

Szenarien sind unabdingbar für eine vorsorgende und langfristig angelegte Politik. Je nach Zielsetzung ist die Auswahl von Schlüsselfaktoren und deren Wechselwirkung zueinander entscheidend für einen echten Erkenntnisgewinn. Für die Umweltbewegung sind Szenarien für eine Post-Wachstumsgesellschaft die zentrale Herausforderung, um bis 2048 eine Gesellschaft zu erreichen, deren Mittelpunkt die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und des menschlichen Wohlbefindens sind.



Dr. Helmut Röscheisen

Der Autor, Diplom-Kaufmann, Magister der Verwaltungswissenschaft und Assessor, prägte von 1980 bis Ende 2014 den Deutschen Naturschutzring.

- 1 Hannah Kosow/Robert Gaßner (2008): Methoden der Zukunfts- und Szenarioanalyse. Überblick, Bewertung und Auswahlkriterien, Werkstattbericht Nr. 103, Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin.
- 2 Florentin Krause (1982): Energieversorgung der Bundesrepublik ohne Kernenergie und Erdöl, Kurzfassung der Energiestudie des Öko-Instituts, Freiburg.
- 3 Christiane Weihe (September 2015): Wo stehen wir zur Halbzeit der Energiewende? E-Paper, eco@work, Halbzeit Energiewende. Zwischen 1980 und 2050, Freiburg.
- 4 Johannes Hirata (2012): Was ist dran an der Wachstumskritik? Wirtschaftswachstum und gute Entwicklung, Position Nr. 12, Roman Herzog Institut, München.

WIR STEHEN VOR DEM WELTUNTERGANG

Aber das war schon immer so

Das Ende der Welt, der Weltuntergang – das hat die Menschheit schon immer beschäftigt. Von der biblischen Sintflut bis zu den astronomisch exakt vorkalkulierten Weltuntergangsterminen der Maya-Kalender – offenbar ein kulturübergreifendes Phänomen. Von Martin Luther ist der schöne Satz überliefert: „Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, so würde ich doch noch heute einen Apfelbaum pflanzen.“ Aber wie final der Weltuntergang wirklich ist, zeigt ja buchstäblich die Sintflut: Die Welt hat ihren damaligen Untergang offenbar überlebt. Auch im Hinduismus und Buddhismus ist der Weltuntergang nicht einmalig, sondern wiederkehrend. Nach dem Weltuntergang ist vor dem Weltuntergang?

Auch für progressive Bewegungen, vor allem für die Umwelt- und Friedensbewegung, ist die Katastrophe schon lange ein wichtiges Argumentations- und Mobilisierungsmuster. Das war allerdings nicht immer so. Bis in die 1960er Jahre waren es eher positive Zukunftsvisionen wie ‚Brüder, zur Sonne, zur Freiheit‘ (die Schwestern waren sicher auch gemeint), die etwa die Arbeiterbewegung inspirierten. Erst ab den 1970er Jahren, als die meisten schon in der Sonne und der Freiheit angekommen waren, kamen in den bürgerlich geprägten Protestbewegungen die Katastrophenvisionen auf.

Friedlich in die Katastrophe

Die Angst vor dem „GAU“, dem Größten Anzunehmenden Unfall, also eine Kernschmelze im Atomkraftwerk, war die Triebkraft der Anti-Atom-Bewegung. ‚Friedlich in die Katastrophe‘, dieser Buchtitel von Holger Strohm war einer der Bestseller der Anti-AKW-Bewegung der frühen 1980er Jahre. Die Reaktor-Katastrophen in Harrisburg 1980, Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 zeigten später, dass diese Befürchtungen durchaus real waren und sind, auch wenn sie natürlich nur regional begrenzte „Weltuntergänge“ auslösten. Ohne diese realen Katastrophen all die guten Argumente gegen Atomkraft ausgereicht hätten, die Atomprogramme angesichts der mit dieser Risikotechnologie verbundenen massiven politischen und wirt-

schaftlichen Interessen zu stoppen, ist durchaus fraglich.

Die Angst vor dem globalen Weltuntergang, dem Atomkrieg, war die Triebkraft der Friedensbewegung ab 1980, als Reaktion auf die von der NATO 1979 in ihrem berühmt-berüchtigten „Nachrüstungsbeschluss“ beschlossene Stationierung von Mittelstrecken-Atomraketen in Westeuropa. Millionen Menschen in Westeuropa demonstrierten jahrelang gegen die Atomraketen. Inzwischen wissen wir, dass es mehrere Momente im Kalten Krieg gegeben hat, an denen

die Menschheit tatsächlich nur knapp am Atomkrieg vorbeischrämte.

Zum Atomkrieg kam es nicht. Haben deshalb diejenigen, die quasi schon den Atomkrieg im Terminkalender stehen hatten, übertrieben? Vielleicht. Hinterher ist man immer schlauer. Wäre in der Sowjetunion 1985 nicht mit Michail Gorbatschow jemand Staatschef geworden, der auf einseitige Abrüstung und Beendigung des Wettrüstens gesetzt hätte, sondern jemand, der ähnlich wie US-Präsident Reagan das Wettrüsten weiter anheizte und die Fähigkeit, „Atomkriege zu gewinnen“, erlangen wollte, hätte die Geschichte durchaus auch anders ausgehen können.

„Es ist noch immer gutgegangen“

Auch das Waldsterben der 1980er Jahre war eine beginnende Katastrophe, wenn auch nicht von der Kategorie Weltuntergang. Bemerkenswerterweise lösten die unübersehbaren Anzeichen des Waldsterbens rasche politische Konsequenzen aus, vom Katalysator in Autos bis zur



© Photo by Natalya Letunova on Unsplash

Rauchgasentschwefelung von Kohlekraftwerken, obwohl die wohlbekanntesten Industrielobbyisten sofort den Untergang des Industriestandorts Deutschland an die Wand malten. Das drohende Waldsterben war keine befürchtete, sondern eine beginnende Katastrophe, und es wäre für Umweltbewegungen ein Fehler gewesen, das herunterzuspielen. Im Ergebnis kam eine Sternstunde der Umweltpolitik heraus.

Heute ist das umweltpolitische Katastrophenszenario die Klimakatastrophe, und obwohl Umweltbewegung und Wissenschaft seit 25 Jahren immer fundierter vor ihr warnen, löst sie keinen vergleichbaren Handlungsdruck aus, wie früher das Waldsterben. Die Grenzen der Katastrophenwarnungen werden gerade im Sahara-Sommer 2018 deutlich: Irgendwann stumpft der Mensch ab. Er mag sich Homo sapiens nennen, sich für das einzige vernunftbegabte Lebewesen halten, aber letztlich bestimmen Emotionen und Stimmungen das Handeln der Menschen weit mehr als die Vernunft. „Es ist noch immer gutgegangen“, diese sympathisch-optimistische (aber nachweislich falsche) rheinische Lebensweisheit ist für die Umweltpolitik ein veritables Problem, und steht allen im Weg, die mit der Warnung vor der Katastrophe, vor dem Weltuntergang Handlungsdruck erzeugen wollen. Die Grenzen zum beliebten Film-Genre des Katastrophenfilms sind dabei manchmal fließend, aber die Reaktionen dieselben. Als Roland Emmerich 2004 seinen Klimakatastrophen-Film „The Day after Tomorrow“ in die Kinos brachte, wurden im Radio Leute interviewt, die gerade aus der Vorführung kamen. Geradezu archetypisch ehrlich war eine Kinobesucherin, die wörtlich erklärte: „Das ist alles ganz furchtbar, wir müssen alles ändern, Autofahren, Fliegen, Kohle und so weiter. Aber ich weiß genau, übermorgen habe ich das alles wieder vergessen und dann gebe ich wieder Gas.“ 15 Jahre später setzen die Klimaschützer immer noch auf die Warnung vor der drohenden Katastrophe. Im Novemberregen wird man den Sahara-Sommer bald vergessen haben und wieder andere Sorgen haben.

Kümmert euch selber drum
Wie sehr taugt die Angst vor der Katastrophe als Handlungsmotor sozialer Bewegungen? Unbestritten ist, dass die Leute eher auf die Straße

gehen, sich Protestbewegungen anschließen oder „Wutbürger“ werden, wenn sie sich über Missstände empören. Wenn in der Nähe eine Autobahn, eine Massentierhaltungsanlage, ein Kohlekraftwerk, eine Flughafenerweiterung geplant ist, organisieren sich Leute, um das zu verhindern. Ohne ein solches Projekt würden sie sich wohl kaum einfach mal für eine Verkehrs- oder Agrar- oder Energie-wende engagieren.

Ebenso unbestritten ist aber auch, dass ohne Alternativkonzepte Widerstand gegen solche Projekte schwerer ist. Unmöglich ist das aber keineswegs. Das Atomkraftwerk Wyhl wurde in den 1970er Jahren verhindert, ohne dass ausgearbeitete Energiewendekonzepte auf dem Tisch lagen. Die Bürger glaubten den Politikern und Experten schlicht nicht, dass Atomkraftwerke notwendig seien, und um Alternativen sollten sich die Politiker und Experten gefälligst selber kümmern. Auch das ist legitim – denn dafür werden Experten und Politiker schließlich von den Bürgern bezahlt.

Heute hat sich das Ikea-Prinzip durchgesetzt: Alles muss man selber machen. NGOs verfügen heute selbst über viele Studien, Konzepte, Szenarien. Aber zum Mobilisieren von öffentlichem Protest taugen technokratische „Wende“-Szenarien meist nicht. Im Gegenteil: Wer selbst zu sehr Teil des Experten-Betriebs wird, verliert rasch den Kontakt zu normalen Menschen und dem, was diese umtreibt. Auch NGO-Experten sind nicht deswegen näher an den Menschen, weil sie nicht für die Regierung oder Wirtschaftslobbys arbeiten.

Eine andere Welt ist möglich, aber wie?

Die Massenbewegung gegen TTIP zeigt, dass Katastrophenszenarien für soziale Bewegungen auch entbehrlich sind. Mit TTIP wurde vieles assoziiert, aber nicht der Weltuntergang. Menschen engagierten sich gegen TTIP, sicherlich nicht wegen der Details des geplanten Abkommens, sondern weil sie „denen da oben“ nach Jahrzehnten neoliberaler Umverteilungspolitik, Finanzkrisen und Bankenrettungen zeigen wollten, dass normale Menschen „systemrelevant“ sind und nicht Banken und Konzerne.

Abseits der intellektuellen Eliten mögen die Verwerfungen des Neoli-

beralismus die tägliche Katastrophe für viele Menschen sein – in den Kolumnen der veröffentlichten Meinung dominieren aktuell Prophezeiungen über den „Untergang der Demokratie“ oder wahlweise auch des „Westens“. Unterhalb des Weltuntergangs tut man es nicht. So falsch solche Prophezeiungen sind, eines bewirken sie auf jeden Fall: Sie verhindern die nüchterne Analyse, warum so viele Menschen wütend auf „das System“ sind, und erst recht Konsequenzen daraus.

Der Weltuntergang wird nicht kommen. Die Angst vor der großen Katastrophe mag eine gute Initialzündung für Protestbewegungen sein, auf Dauer nutzt sie sich ab und wirkt lähmend. Auf Dauer kann man den langen Atem nur aufbringen, wenn man den Protest gegen konkrete Missstände mit einem positiven Projekt verbindet. Heute muss das mehr sein als eine isolierte Energie- oder Agrarwende. Nach 30 Jahren neoliberaler Politik ist die Gesellschaft gespalten, die Ungleichheit wächst immer weiter, „zur Sonne und zur Freiheit“ wird für immer mehr wieder zum unerfüllten Traum. Die Nachhaltigkeits-Diskurse beschränken sich weitgehend auf ein Milieu von gut gebildeten und gutverdienenden Leuten, die von den Lebensrealitäten des unteren Drittels weit entfernt sind. Machen wir uns nichts vor: Alle Nachhaltigkeits-Szenarien werden scheitern, wenn sie die heutige soziale Frage ignorieren. Wer glaubt, mit „Preisen, die die ökologische Wahrheit sprechen“, die Kosten der „Transformation“ auf alle gleich verteilen zu können, wird scheitern. Was spricht dagegen, diese Kosten ausschließlich denen aufzubürden, die in 30 Jahren Neoliberalismus reicher geworden sind? Katastrophen- und Weltuntergangsszenarien braucht man für den Wandel zur Nachhaltigkeit nicht – nur positive Zukunftsentwürfe à la „eine andere Welt ist möglich“, und den Mut, nicht im Mainstream der Eliten und Experten mitzuschwimmen.



Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forum Umwelt und Entwicklung.

SO GEHT ZUKUNFT

Einfach mal ausprobieren

Im Interview mit den beiden ZukunftsforscherInnen Beate Schulz-Montag und Klaus Burmeister wird schnell klar, was die beiden sowohl der Politik als auch der Zivilgesellschaft raten: Auf Gemeinsamkeiten konzentrieren, Allianzen schmieden und dann raus aus den Diskursräumen und rein in die Experimentierräume.

Sie beide sind schon seit 28 Jahren in der Zukunftsforschung zuhause. Überwiegt bei Ihrem Blick in die Zukunft eher der Optimismus oder eher der Pessimismus?

Burmeister: So einfach lässt sich das nicht beantworten, denn die Zukunft ist nicht eindimensional, sondern ergibt sich aus widerstreitenden Interessen. Zunächst stellt sich die Frage, über welche Zeitspanne, welchen Gegenstand und welchen Horizont wir reden. Zukunft ist ein immerwährender Kampf um die Frage von Partizipation, Demokratie und Gleichheit. 1990 beispielsweise, als das Zeitalter des Internets begann, waren die Verheißungen ganz positiv: Freier Informationsfluss, vielfältige Beteiligungsmöglichkeiten, Bildung für alle und dazu noch ökologisch. In den darauffolgenden Jahren haben sich aber auch massiv ökonomische Interessen manifestiert. Die Diskussionen über die neuen Medien und den Zugang zu Informationen sind heute ganz andere. Ebenso können zunächst positive Effekte ins Negative umschlagen, wie beispielsweise beim Rebound-Effekt in der Ökologiedebatte. Bedingungen verändern sich also auch im Lauf der Zeit.

Was haben Sie aus Ihren Forschungen über die Zukunft gelernt?

Schulz-Montag: Zunächst ist Zukunftsforschung nicht dazu da, die Zukunft vorzusagen. Als Zukunftsforscher versuchen wir, den Möglichkeitsraum möglichst weit auszuleuchten und Systeme zu analysieren. Darauf aufbauend werden dann begründete Annahmen getroffen und Zukunftsbilder erzeugt, mit denen man sich auseinandersetzen kann. Das Ziel ist, zukunftsbezoge-

ne Entscheidungen von heute zu verbessern.

Burmeister: Die Beschäftigung mit Zukunft ist Diskurs. Das bedeutet, mit unterschiedlichen Akteuren in Kontakt zu treten und aus dem Lagerdenken herauszukommen. Es gibt unterschiedliche Werthaltungen und Positionen in einer Gesellschaft, die auch ihre Berechtigung haben. Daher ist es wichtig, einen langen Atem zu haben, sich immer wieder mit den eigenen Interessen einzubringen und sich auf Gemeinsamkeiten zu konzentrieren. Wo und wie kann ich mit unterschiedlichen Akteuren gemeinsam etwas ein Stück voranbringen?

Wie steht es Ihrer Meinung nach um die Zukunft der Zivilgesellschaft und was würden Sie raten?

Schulz-Montag: Wenn wir früher von Zivilgesellschaft gesprochen haben, haben wir meist die Aktiven aus dem linksliberalen Milieu gemeint, die sich in umwelt- und sozialen Bewegungen engagieren. Aber zur Zivilgesellschaft zählen ja alle, auch die rechtspopulistischen Bewegungen von heute. Die Zivilgesellschaft ist mittlerweile hochgradig fraktioniert. Besonders besorgniserregend ist, dass durch Social Media die Diskurse in weitgehend abgeschotteten Echoräumen stattfinden und kaum noch miteinander.

Burmeister: Die Zivilgesellschaft im engeren Sinne, inklusive der ganzen neuen sozialen Bewegungen, ist etwas in die Krise geraten – auch durch ihren Erfolg. Nachhaltigkeit ist in allen Parteien bis in die EU ein Thema geworden. Auf der anderen Seite hat die Gesellschaft sich aber verändert und die Formen, mit denen beispielsweise die Ökologiebewegung agiert, sind immer noch die

gleichen. Daher rate ich, auf Vielfalt und unterschiedliche Akteure zu setzen, die sich zwar an unterschiedlichen Interessen, aber nachhaltig und gemeinwohlorientiert neu formieren und ein Stück weit auch dem Staat Terrain streitig machen. Auf jeden Fall raus aus der Diskutiernische und rein in Probierräume, auch mit „den Bösen“.

Wie konnte es kommen, dass in den letzten 20 Jahren die Wirtschaft und der Neoliberalismus quasi alle Bereiche der Gesellschaft dominiert haben und wie können wir wieder eine Kehrtwende einleiten?

Schulz-Montag: Der Neoliberalismus ist ein sehr wirkmächtiges Konzept, aber bis in die Kreise der Industrie wird es mittlerweile hinterfragt. Auch dort verbergen sich potenzielle Change Agents, die durchaus alternative Konzepte einer Postwachstums-gesellschaft diskutieren. Vielfältige Akteursgruppen haben sich formiert, um anders Politik zu machen. Da die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zusehends in Krisen gerät, ist es notwendig, andere Konzepte zu entwickeln und damit zu experimentieren, und sei es zunächst in Nischen. Start-Ups und Entrepreneure diskutieren über andere Formen der Teilhabe, transformative Wirtschaftswissenschaften geben dem Paradigma des Neoliberalismus eine neue Orientierung. HartzIV ist in der Diskussion, ebenso das Bedingungslose Grundeinkommen. Wir müssen Menschen durch konkrete Praxisprojekte überzeugen, dass es auch anders geht. Die große Herausforderung wird es sein, die Industrialisation Deutschland im laufenden Betrieb neu zu erfinden. In einer Phase der wirtschaftlichen Prosperität, wie wir sie aktuell erleben, sind die Spielräume für Experimente größer, das sollten wir nutzen.

In Ihrem Buch ‚Deutschland neu denken – Acht Szenarien für unsere Zukunft‘ schreiben Sie von der „Großen

Transformation“, was kann man sich darunter vorstellen?

Burmeister: Ich glaube, dass wir uns in einer gesellschaftlichen Umbruchsituation befinden, die vergleichbar ist mit der Renaissance. Das heißt, dass wir uns grundsätzlich neu überlegen müssen, wie eine zukünftige Gesellschaft organisiert werden kann. Mit der digitalen Transformation haben wir einen Überschuss an praktisch grenzenlosen Möglichkeiten, Dinge anders zu tun. Dem gegenüber steht die Diskrepanz, dass uns die Fantasie und die Praxis fehlt, damit umzugehen. Wir müssen uns mit dem Gedanken anfreunden, dass es vielleicht irgendwann eine Gesellschaft geben wird, die ganz anders aussieht, als wir uns das heute wünschen. Womöglich wird es einmal Urlaubsreisen mit der VR-Brille geben. Das wird dann ökologischer sein als irgendwo hinzufiegen.

Wie schaffen wir es, eines der in Ihrem Buch als wünschenswert beschriebenen Szenarien zu verwirklichen?

Schulz-Montag: Da gibt es keinen Masterplan. Der transformative Weg wird sich zusammensetzen aus einer Vielzahl von Initiativen vieler einzelner Akteure. Dafür brauchen wir einen sehr langen Atem. Wir haben wirklich große Themen zu stemmen: Energiewende, Agrarwende, Mobilitätswen-

de, Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Diese Themen begleiten uns schon sehr lange, aber inzwischen tragen sie erste Früchte. Die Energiewende geht vielen zu langsam, aber hätten in den 80er Jahren, der Hochzeit der Anti-AKW-Bewegung, nicht grüne Aktivisten mit alternativen Energien experimentiert, hätten wir heute nicht einen Anteil Erneuerbarer von über 30 Prozent. Wir müssen mehr Räume schaffen, in denen Beteiligung nicht nur eine Feigenblattfunktion für das Politische System hat, sondern wo bürgerschaftliches Engagement auch tatsächlich wirksam und sichtbar wird. Das können Nachbarschaftsinitiativen und andere gemeinwohlorientierte Projekte sein, die dann zusammenwachsen zu einem Mosaik einer neuen Gesellschaft, das ist jedenfalls meine Hoffnung.

Burmeister: Wir brauchen eine andere Forschungs- und Innovationspolitik, die aktivierend ist, die zusammen mit den Akteuren vor Ort, mit Bürgern, Initiativen, Gewerkschaften und Unternehmen, langfristig angelegt nach Lösungsstrategien sucht. Ein wichtiges Experimentierfeld sind kleine Städte. Dort gibt schon viele tolle Initiativen, aber es wird zu wenig darüber berichtet. Wir brauchen Plattformen und Foren, in denen man voneinander lernen kann und in denen Menschen über Teilhabe mitgenommen werden. Wir brauchen auch andere Finanzierungsformen,

durch die ohne Zutun des Staats über Crowd-Funding-Initiativen gestärkt werden können. Und wir brauchen auch neue Wettbewerbe. Warum nicht mal Innovationswettbewerbe zwischen Städten oder Schulen, z. B. zur Förderung erneuerbarer Energien, damit es auch in der breiteren Öffentlichkeit zum Thema wird?

In Ihrem Buch steht: „Die Politik steuert auf Sicht, was wir aber brauchen, ist eine Zukunftsstrategie mit Weitblick“. Wie wird so ein Umsteuern erreicht?

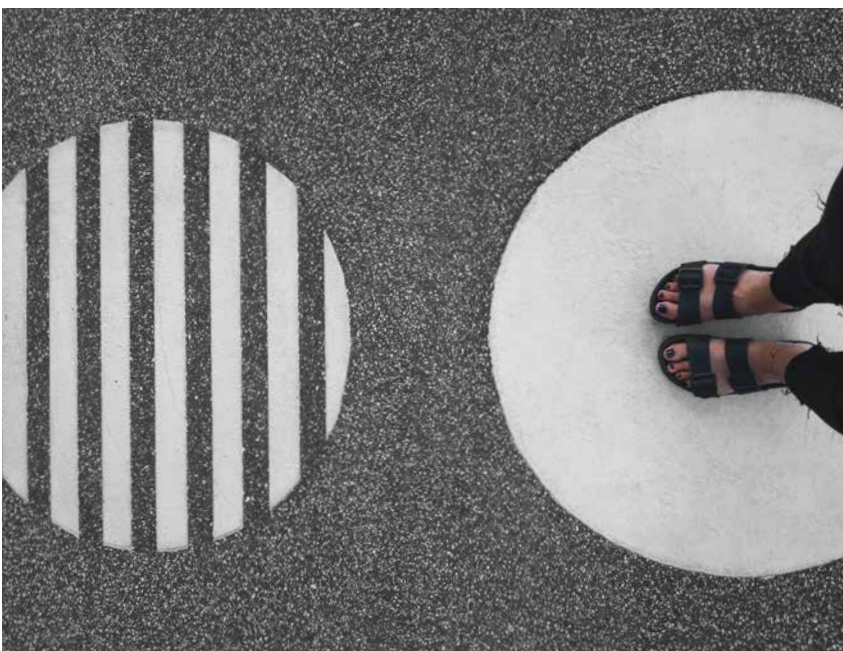
Burmeister: Indem man die eben beschriebenen neuen Beteiligungsformen mit der Politik zusammenbringt, oder auf praktischer Ebene mit Kommunen, mit den Bürgermeistern. Dadurch findet ein Widerhaken statt. Ich muss etwas tun und dadurch die politisch Verantwortlichen in Zugzwang bringen.

Schulz-Montag: Man muss auch die Interessen zukünftiger Generationen auf die politische Agenda setzen. Es gibt beispielsweise den Vorschlag, Zukunftsräte auf allen parlamentarischen Ebenen einzurichten, welche in einem rotierenden Verfahren mit Bürgern besetzt werden, die dezidiert die Interessen der zukünftigen Generationen miteinbringen. Initiativen wie beispielsweise die Generationen Stiftung müssen im Politikbetrieb stärker Gehör bekommen.

Interview:
Marijana Todorovic

Beate Schulz-Montag war 10 Jahre am Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) tätig, bevor sie zum Beratungsunternehmen Z_punkt The Foresight Company wechselte. Sie ist Partnerin des foresightlab und Mitbegründerin und Geschäftsführerin der Initiative D2030.

Klaus Burmeister war am IZT, hat dann das Sekretariat für Zukunftsforschung aufgebaut, bevor er 1997 Z_punkt The Foresight Company gründete. 2014 rief er das foresightlab ins Leben. Er ist ebenfalls Mitbegründer und Geschäftsführer der Initiative D2030.



© Photo by travelnow.or.crylater on Unsplash

LEBENDIGER JOURNALISMUS AUS DEM MEDIALEN KORALLENRIFF

Warum der Qualitätsjournalismus neue Strukturen braucht

Eine freie Gesellschaft braucht eine freie Presse. Doch der unabhängige Qualitätsjournalismus steht von vielen Seiten unter Druck. Gründungen wie die RiffReporter versuchen, Recherchen auf neue Weise zu finanzieren und UnterstützerInnen-Communities um wichtige Themen aufzubauen.

Im digitalen Sichtfeld von Sonjas Datenbrille taucht ein grüner Haken auf, daneben der Hinweis „Tagliamento-Recherche ist finanziert!“. Die Reporterin jubelt. Nur 2 Tage hat es gedauert, bis ihr Funding-Aufruf im Netz der RiffReporter-UnterstützerInnen ihr die nötigen Mittel einbrachte, vor Ort zu recherchieren, wie die Renaturierung des norditalienischen Flusses vorankommt.

Der digitale Assistent, der ihre Einnahmen als unabhängige Journalistin betreut, hat schon ihre Nachtexpresszüge gebucht und aus ihrer Liste von ExpertInnen vor Ort Vorschläge für Interviewtermine generiert. In ihrem Postfach findet Sonja eine Sekunde später ein Dossier mit den neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichungen und aktuellen Medienberichten zu Fluss-Renaturierungen weltweit. „Ich kann dir die Abstracts der wichtigsten Publikationen heute Abend beim Joggen vorlesen“, sagt der digitale Assistent.

Mit einem Stimmbefehl öffnet die Journalistin ein Dialogfeld in ihrem RiffReporter-Account. „Hallo FlussReporter-Community“, sagt sie, „mit Eurer Hilfe geht es schon morgen los an den Tagliamento. Ich freue mich riesig. Und jetzt seid Ihr dran: Was interessiert Euch, was sollte ich bei meiner Recherche im Auge behalten? Und wer aus meiner ExpertInnencommunity kann mir nach meiner Rückkehr helfen, die Fakten zu prüfen?“.

Eine Stunde später tauchen 2 weitere grüne Haken im Sichtfeld der Datenbrille auf: Die UnterstützerInnen ihres Projekts haben ihr Fragen geschickt, die ihre eigene Liste gut ergänzen. Und ihr Fakten-

check-Board ist nun mit 5 unabhängigen ExpertInnen besetzt, die aus dem eingeworbenen Budget bezahlt werden. Sonja holt ihren Koffer aus dem Schrank und beginnt einzupacken: Gummistiefel, Fernglas, Aufnahmegeräte – und ihren geliebten Schreibblock aus Papier, mit dem sie bei ihrer Arbeit immer auffällt. Abfahrt von Köln Hauptbahnhof nach Udine: 16. Juni 2048, 21.15 Uhr. Dort wird sie ihre Kollegin Silvia treffen, die italienische Naturdigitalistin, die sich um 3D-Modelle und klangökologische Tonaufnahmen, die „Soundscapes“, kümmern wird ...

***Recherchemittel für ein Naturschutzthema für 2 Wochen vor Ort plus Schreibearbeit und Faktenprü-

fung binnen 2 Tagen zu mobilisieren – das ist für JournalistInnen von heute leider meistens eine Utopie. Viele Redaktionen entlohnen nicht einmal die Arbeit am Schreibtisch so, dass professionelle JournalistInnen ihre Familien davon ernähren könnten. Die Versuchung wächst, statt mit Journalismus mit ungleich besser bezahlten PR-Aufträgen Geld zu verdienen. Im Berufsalltag von JournalistInnen des Jahres 2018 sind zahlreiche negative Entwicklungen spürbar. Sie führen zu einer schleichenden Erosion des Qualitätsjournalismus – mit gravierenden Folgen für die Öffentlichkeit.

Faktor 1: Die ökonomische Basis des bisherigen Verlagsjournalismus ist in Gefahr

Das Internet mit all seinen positiven Seiten und der immensen Menge von Informationsangeboten hat für den klassischen Journalismus 2 har-



© Photo by Bella Huang on Unsplash

te Entwicklungen mit sich gebracht: Früher ruhte das Finanzierungsmodell auf Werbeeinnahmen und auf treuen AbonnentInnen. Wenn eine Firma eine Seite Werbung schaltete, landeten die Einnahmen dafür vollständig beim Verlag. Im Internet dagegen ist die digitale Infrastruktur, über die Werbung läuft, fest in der Hand von Google. Und dorthin fließt ein erheblicher Teil der Einnahmen. Von den einst treuen AbonnentInnen einer Marke gibt es von Jahr zu Jahr weniger: Sie bewegen sich im Netz von Medienangebot zu Medienangebot, ganz nach ihren Interessen und gemäß den Empfehlungen ihrer FreundInnen. Die Folge: Fast alle Redaktionen sind mit wenigen erfreulichen Ausnahmen kleiner geworden. Honorare für freie JournalistInnen schrumpfen. Mangels Ressourcen können sie seltener vor Ort sein und das direkte Gespräch mit allen Beteiligten suchen.

Faktor 2: Institutionen setzen darauf, sich mit Kampagnen ihre eigenen Öffentlichkeiten aufzubauen

JournalistInnen wurde früher zusätzlich zur Rolle als WächterInnen über demokratische Prinzipien auch die Rolle als „TorwächterInnen“ für die Öffentlichkeit zugeschrieben. Zu ihrem Job gehörte es, die Unmengen an Pressemitteilungen, Agenturmeldungen und Rechercheergebnissen zu sichten, filtern, gewichten und nur eine kuratierte Auswahl davon an die Öffentlichkeit weiterzugeben. Das führte dazu, dass viele Falschmeldungen aussortiert wurden und dass Zitate und Ereignisse in einen größeren Kontext eingeordnet werden konnten, bevor sie die Bevölkerung erreichten. Die Rolle als „TorwächterInnen“ machte JournalistInnen zudem zu begehrten GesprächspartnerInnen von PolitikerInnen oder wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Interessengruppen.

Heute eröffnet die Vielzahl sozialer Medien und Plattformen PolitikerInnen, Interessengruppen, Firmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) eine direkte Möglichkeit, an journalistischen Medien vorbei die Bevölkerung zu erreichen – man denke nur an den twitternden US-Präsidenten Donald Trump. Aber auch NGOs bedienen sich dieser Mittel, nutzen Kommunikationsformen, die

ihnen direkte Kontrolle über das Geschriebene gibt.

Das führt zu einer neuen Konstellation: Plötzlich erscheinen manche JournalistInnen als Konkurrenz im Kampf um öffentliche Aufmerksamkeit und als StörerInnen schwarzeiweißer Kampagnenbotschaften. Das Interesse, unabhängigen, distanziert-kritischen Journalismus zu unterstützen, sinkt.

Faktor 3: Verlage haben die LeserInnen an Kostenlos-Produkte gewöhnt

Die Journalismusbranche hat viel zu wenig Mühe darauf verwandt, ihren Wert in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Stattdessen hat sie werbebegleitete Beiträge einfach verschenkt. Nur sehr zögerlich beginnen Verlage jetzt damit, ihren NutzerInnen zu signalisieren, dass Journalismus einen monetären Wert braucht, um den ideellen Wert bieten zu können. In der Zwischenzeit haben sich aber schon sehr viele Menschen an Kostenlos-Journalismus gewöhnt und wundern sich, wenn sie wie in jedem Supermarkt auch bei Artikeln an eine Bezahlschranke stoßen.

Faktor 4: Autoritäre Bewegungen versuchen gezielt, die Glaubwürdigkeit des Journalismus zu beschädigen

In jüngster Zeit kommt hinzu, dass die GegnerInnen einer freien Presse politisch stärker werden und die wirtschaftliche Schwäche des Verlagsjournalismus auszunutzen wissen. Ob Trump gegen die „versagende New York Times“ giftet oder AfD-AnhängerInnen „Lügenpresse“ skandieren – es werden grundsätzliche Zweifel an der Arbeitsweise von recherchierenden JournalistInnen geschürt. Schon fangen PolitikerInnen traditioneller Parteien an, die Slogans der RechtspopulistInnen zu imitieren – man denke an Bundesinnenminister Seehofer, der statt russische Medien die deutschen Medien bezichtigte, „die meisten Fake News“ zu produzieren.

Diese beunruhigenden Entwicklungen haben im Journalismus phasenweise zu einer regelrechten Weltuntergangsstimmung geführt. Doch seit einiger Zeit weicht diese glücklicherweise einem neuen Gründergeist. Ob Perspektive Daily

in Deutschland oder ‚Republik‘ in der Schweiz – zunehmend initiieren JournalistInnen neue Strukturen und eigene Plattformen, um Antworten auf die Herausforderungen zu finden.

Und damit zurück zu Sonja, der FlussReporterin aus dem ‚Szenario 2048‘. Sie heißt im echten Leben Sonja Bettel, ist freie Umwelt- und Wissenschaftsjournalistin und hat im Sommer 2018 das Projekt ‚FlussReporter‘ mit Hilfe der Genossenschaft RiffReporter gegründet. Ihr Ziel: tiefgründige, spannende und relevante Recherchen zur Zukunft der Flüsse und Feuchtgebiete mit Hilfe einer Unterstützercommunity zu realisieren.

Auf der Plattform RiffReporter versammeln sich bereits mehrere verwandte Projekte, darunter KlimaSocial zur Psychologie des Klimawandels, ‚Die Zukunftsreporter‘ zu Szenarien der Welt von morgen, ‚Die Flugbegleiter‘ zu Vogelwelt, Naturschutz und Ornithologie, ‚Menschenzeit‘ zum Anthropozän, WaldReporter zur Zukunft des Waldes.

Zusammen wollen sie zu einem „journalistischen Korallenriff“ heranwachsen, das sich wie die natürlichen Vorbilder durch Vielfalt, Kooperation und Tiefgang auszeichnet.

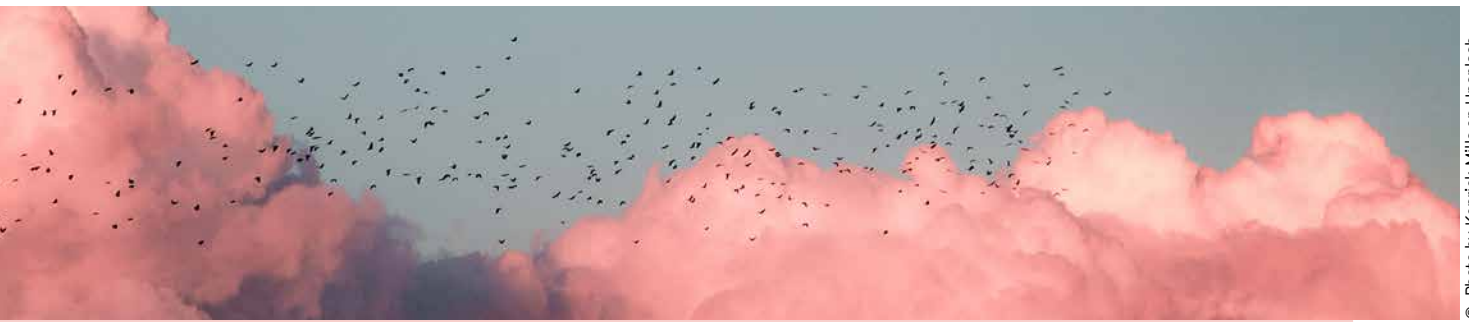
Die RiffReporter-Genossenschaft adressiert die 4 genannten Probleme: Statt auf Werbung setzt sie darauf, dass um wichtige Themen UnterstützerInnen-Communities entstehen; durch ein Flatrate-Angebot gibt sie Institutionen aller Art die Chance, kritischen Journalismus zu stärken; Beiträge können in kleinen Summen bezahlt werden, je nach Interesse der NutzerInnen; und Investitionen in Recherche und Sachkunde der AutorInnen machen es AutokratInnen schwerer, die Glaubwürdigkeit zu torpedieren.

Zusammen mit anderen Gründungen steht RiffReporter für einen Aufbruch im Qualitätsjournalismus, für einen lebendigen Journalismus mit ReporterInnen, die sachkundig sind und vor Ort recherchieren. Wie Sonja am Tagliamento – vielleicht ja schon 2019.



Christian Schwägerl

Der Autor ist Journalist, Buchautor und Mitgründer von RiffReporter, einer genossenschaftlichen Plattform für Qualitätsjournalismus.



© Photo by Kenrick Mills on Unsplash

SCHÖNE NEUE HIGHTECH-WELT

Geoengineering – wohin führen uns „Zukunftstechnologien“?

Auf technologische Entwicklung folgt gesellschaftlicher Fortschritt. So das feste Glaubensparadigma der westlichen Welt. Es brachte sowohl die Atombombe als auch Windkraftanlagen hervor. Immer mehr neue Technologien sollen die planetaren Großprobleme – den Klimawandel, die fortschreitende Umweltzerstörung, die Armut- und Ernährungskrise oder die Energieproblematik – lösen. Wohin steuern wir dabei mit Blick auf das Jahr 2048?

China besprüht Wolken mit Silberjodid, um bei Großereignissen für schönes Wetter zu sorgen und in Thailand wird Smog durch künstlich erzeugten Regen bekämpft. Für eine effizientere, digitalisierte Landwirtschaft kreist eine wachsende Zahl von Drohnen über unsere Äcker. In der synthetischen Biologie wird über die Anwendung einer Genschere diskutiert, durch die klimaresistente und ertragreichere Nutzpflanzen geschaffen und Schädlinge ausgerottet werden können. Häuser und Fleisch kommen aus dem 3D-Drucker.

Nein, wir befinden uns noch nicht im Jahr 2048. Diese Entwicklung vollzieht sich im Hier und Jetzt. Aber werden sogenannte Zukunftstechnologien wirklich helfen, die multiplen Krisen dieser Welt zu lösen? Oder verschärft ein blindes Vertrauen in technische Lösungen den Kampf um immer knapper werdende natürliche Ressourcen, bei dem Schutz- und Nutzungsinteressen den Vermarktungsinteressen immer weniger vereinbar gegenüberstehen?

Beispielhaft für diese Fragen steht das Geoengineering, also das geplante technologische Eingreifen in die Klima- und Erdsysteme, um

beispielsweise die globale Erderwärmung zu verlangsamen oder sogar zu stoppen.

Klima nach Design

Ein Teil der Geoengineering-Methoden befasst sich mit Technologien, die die Sonnenstrahlen reflektieren und so die Wärmeeinstrahlung auf die Erdoberfläche begrenzen sollen. Künftig könnten dafür z. B. große Sonnenspiegel im Weltraum angebracht oder reflektierende Chemikalien in die Atmosphäre geblasen werden. Innerhalb von 10 bis 20 Jahren ließe sich so laut Schätzungen des Weltklimarates, die Erdoberfläche wieder auf das vorindustrielle Niveau abkühlen.¹ Weitere Vorschläge reichen von gentechnisch veränderten Pflanzen, deren Reflektion der Sonnenstrahlen erhöht wird, über Reflektorenfelder in der Wüste bis hin zu weißen Luftpolstern als schwimmende Reflektoren auf den Gewässern. Gemeinsam ist all diesen wie Science-Fiction anmutenden Methoden, dass ihrem Nutzen der massive Eingriff in die natürlichen Erdkreisläufe mit unabsehbaren Folgen gegenübersteht. KritikerInnen befürchten, dass mit dieser Art von Technologie der Niederschlag in wei-

ten Teilen der Welt stark abnehmen wird, in einigen Regionen sogar um bis zu 20 Prozent. Außerdem könnte die Versauerung der Meere zunehmen und die Ozonschicht durch die chemischen Reaktionen weiter beschädigt werden.²

Emissionen wegschließen

Ein anderer Teil der Geoengineering-Technologien wird unter dem Begriff Carbon Dioxide Removal (CDR) zusammengefasst und zielt darauf ab, die sich bereits in der Atmosphäre befindlichen Treibhausgase aus der Atmosphäre herauszuziehen und dann in Pflanzen, unter der Erde oder im Meer, zu speichern. Hierzu zählt z. B. die sogenannte Ozeandüngung. Dabei würde das Wachstum von Meeresalgen durch künstliche Düngung massiv gesteigert. Algen speichern CO₂ und nehmen diese bei ihrem Absterben mit in die Tiefsee. Das Meer nimmt der Atmosphäre schon jetzt ungefähr die Hälfte des menschengemachten CO₂ ab, was bereits zu einer 30-prozentigen Versauerung der Weltmeere beigetragen hat. Dieser Effekt könnte sich durch Algendüngung verstärken. Eine weitere Form der CDR sind ‚Carbon Capture and Storage‘-Verfahren (Abscheidung und Speicherung von CO₂, kurz CCS). Hier soll das CO₂, das in Kohle-, Öl- oder Gaskraftwerken entsteht, chemisch abgeschieden oder abgefiltert und dann unterirdisch gelagert werden. Laut Schätzungen bedarf es für CCS einer Infrastruktur, die mindestens so groß sein müsste, wie eben jene, die die CO₂-Emissionen produziert.³ Daneben besteht das

Problem sicherer Lagerstätten, ähnlich wie beim Atommüll. Und auch all diese CDR-Anwendungen kosten viel Geld, Energie und Ressourcen, wobei unsicher bleibt, was unterm Strich an CO₂-Ersparnis rauskäme.

Technikglaube vs. Technikskepsis

Im Moment scheint die Skepsis gegenüber Geoengineering bei den europäischen Regierungen zu überwiegen. Deutschland vertritt bisher eine eher ablehnende Haltung, engagiert sich aber weiter in der Forschung, um eine „Bewertungskompetenz“ zu erlangen und international nicht abgehängt zu werden.⁴ Im internationalen Rechtsraum ist Geoengineering noch nicht definiert. Es existiert kein globales Abkommen, welches es umfassend und rechtsverbindlich regelt. Demnach obliegt es grundsätzlich jedem einzelnen Staat, bestimmte Geoengineering-Technologien zu genehmigen oder auch zu verbieten. Bei einzelnen Staaten, allen voran den USA, die mit den notwendigen Mitteln ausgestattet sind und aufgrund schon bestehender Klimaauwirkungen einen gesteigerten politischen Handlungsdruck erfahren, sind Alleingänge durchaus denkbar – mit möglicherweise fatalen ökologischen und sozialen Folgen, die über Ländergrenzen hinausreichen und obendrein die globale Sicherheitsordnung ins Wanken bringen könnte.⁵ Die Treiber hinter den riskanten, großangelegten Geoengineering-Technologien sind neben einzelnen Regierungen, vor allem Unternehmen und Privatpersonen, die sich großen Profit davon versprechen. Sie haben sich bereits Patente gesichert und hoffen, dass ihre Technologien rasch zum Einsatz kommen und Geoengineering-Maßnahmen in den Kohlenstoffmarkt integriert werden. Schon 2011 warnte die ETC-Group: „Geo-Engineering ist heute so eng mit einer Handvoll von Unternehmen verbunden, dass ein Einsatz bedeutete, dass auf Grund von Patenten [...] Entscheidungen über die Klima-Allgemeingüter effektiv dem Privatsektor übergeben werden“. WirtschaftsakteurInnen lobbyieren also die Politik und investieren dabei selbst massiv in die Geoengineering-Forschung.

Das No-Alternative-Narrativ

Die Erzählung, die die VertreterInnen dieser Technologien verbreiten, ist vor allem die der Alternativlosigkeit. Die

klassische Klimapolitik sei gescheitert und angesichts des fortschreitenden Klimawandels müsse schnell gehandelt werden. Sicher ist: Um die globale Erderwärmung unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu halten, müsste die Weltwirtschaft ab dem Jahr 2050 entkarbonisiert sein, also CO₂-neutral operieren. KlimaingenieurInnen behaupten nun, dass dies mit CO₂-Reduktionsmaßnahmen nicht mehr zu schaffen sei. Die einzige, wenngleich nicht risikofreie Lösung liege somit im Geoengineering. Vor allem Ölkonzerne und Petrostaaten haben ein Interesse am Geoengineering, da sie so ihr Geschäftsmodell einfach fortsetzen könnten. Sie sorgen z. B. dafür, dass Geoengineering befürwortende ForscherInnen an den Berichten des UN-Klimarates mitzuschreiben und bestimmen so dessen Position zu dem Thema mit. Kritik am Geoengineering wird hingegen oft als technikfeindlich gebrandmarkt, Zögern als Versagen gewertet. Auch einige WissenschaftlerInnen sprechen von einer „Risk-Risk-Situation“: Geoengineering sei risikoreich, nichts tun aber auch. Außer acht gelassen wird dabei freilich die Tatsache, dass die Klimaziele bisher deshalb nicht erreicht wurden, da sich die Staatenwelt nicht auf verbindliche Klimaschutzmaßnahmen einigen konnte, die die nötigen drastischen CO₂-Reduktionen zur Folge hätten. Die Bekämpfung der eigentlichen Ursachen wird somit verschoben und der CO₂- und ressourcenintensive Produktions- und Lebensstil bleibt unberührt – solange bis es tatsächlich kaum noch Alternativen zu diesen Risikotechnologien gibt und die planetaren Kippunkte erreicht sind. Ein solches Szenario wäre mit Blick auf 2048 durchaus denkbar.

Die Zukunft ist jetzt
Schon heute werden in großem Maßstab schnell wachsende Bäume gepflanzt, um das Holz dann zu verfeuern. Künftig könnte das dabei entstehende CO₂ aufgefangen und unterirdisch gespeichert werden – eine Kombination mit dem CCS-Verfahren. Wollte man Baumpflanzungen jedoch in den Skalen durchführen, die nötig wären, um tatsächlich große Mengen von CO₂ aus der Atmosphäre aufzufangen, müsste man ganze Kontinente bewalden, mit wiederum negativen Rückkoppelungseffekten. In Portugal beispielsweise werden u. a. Eukalyptusbäume in riesigen Monokulturen

als Energiepflanzen herangezüchtet, die bereits mit der Landwirtschaft um knappe Flächen und Wasserressourcen konkurrieren.

Statt sich Hintertürchen für ihre Legalisierung offen zu halten, sollte die Bundesregierung daher Geoengineering in Deutschland verbieten und sich auch auf europäischer und internationaler Ebene für ein Verbot einsetzen. Es gilt vielmehr verbindliche Maßnahmen zu ergreifen, die dafür sorgen, dass CO₂-Emissionen gar nicht erst entstehen. Alles andere ist ein Teufelskreis. Neue Technologien dürfen nicht allein Profit- und kurzfristigen Partikularinteressen dienen oder gar Schaden bei anderen Menschen oder der Natur verursachen. Sie müssen vielmehr einen potentiellen Nutzen für alle schaffen. Beim Umgang mit Geoengineering und anderen „Zukunftstechnologien“ müssen wir also genau hinterfragen, wer sie aus welchen Gründen befürwortet, wie über ihren Einsatz entschieden werden soll, wer die ProfiteurInnen dieser Technologien wären und wer auf der Strecke bleibt.

Klar ist doch, das Klimaproblem und andere Krisen werden mit Technologien auch im Jahre 2048 nicht gelöst sein. Also sind in der Tat radikale Maßnahmen gefragt, aber eben solche, die in Richtung weniger Einfluss des Menschen auf die Natur gehen und nicht mehr. Das liegt (noch) in unseren Händen. Gehen wir es an – die Zukunft hat schon begonnen.



Josephine Koch

Die Autorin ist Referentin beim Forum Umwelt und Entwicklung.

- 1 https://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg1/WG1AR5_Chapter07_FINAL.pdf.
- 2 <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1002/2017EF000620>.
- 3 <https://www.zeit.de/zeit-wissen/2018/03/geoengineering-klimawandel-einfluss-co2-technik>.
- 4 https://www.deutschlandfunk.de/zu-riskant-oder-unumgaenglich-geoengineering-im-kampf-gegen.724.de.html?dram:article_id=427065.
- 5 https://www.deutschlandfunk.de/zu-riskant-oder-unumgaenglich-geoengineering-im-kampf-gegen.724.de.html?dram:article_id=427065.

BLEIBE IM LANDE UND WEHRE DICH TÄGLICH

Was ist Heimat im Jahr 2048?

Beim Begriff „Heimat“ rümpfen manche Intellektuellen die Nase, weil sie darin etwas Rückschrittliches sehen, nicht zuletzt weil der Begriff gerne in Verbindung mit Heimattümelei von „Rechten“ missdeutet und politisch missbraucht wird. Fortschrittsgläubige verschiedenster Couleur haben schon oft das Verschwinden von Heimat propagiert, ob im Namen des Fortschritts, des Sozialismus, der Nation oder anderer abstrakter Begriffe. Heimat kann konkret die unterschiedlichsten Formen haben: das Dorf, der Großstadtkiez, der Wohnblock, die Familie, der Verein, der Betrieb, die Region. Immer aber sind es überschaubare Gebiete oder soziale Netzwerke, in denen sich Menschen zuhause fühlen.

Dieses Sich-zuhause-Fühlen meint auch das Bewahren althergebrachter Werte gegenüber einer bedrohlich wirkenden Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, gegenüber Globalisierung, Desintegration, Unsicherheit und mangelndem Zusammenhalt. Diese negativen Assoziationen sind in der aktuellen politischen Diskussion meist verknüpft mit einer von vielen als drohend empfundenen Digitalisierung, verbunden mit der weltweiten Vernetzung mit Breitbandnetzen, der unablässigen Ausweisung von Gewerbegebieten, die die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen sollen, während die Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen in Stadt und Land sich immer weiter voneinander entfernen. Und gerade diejenigen, die wie in Bayern jetzt so sehr auf dem Heimatbegriff herumreiten, blenden Landschaft als den sichtbarsten Teil derselben aus. Jahrhundertlang gewachsene Kulturlandschaften werden landauf landab verödet von immer größerer Gewerbehalten, zerschnitten von Umgehungsstraßen und stumm schreienden Werbeanlagen. Diese sichtbare Verfremdung der Heimat geschieht, während Schlagworte wie unkontrollierte Zuwanderung, Asyltourismus, kulturelle Grenzziehung und Verfremdung der Heimat dominieren.

Statt dass sich der neue „Heimatminister“ um das Zusammenleben, das Zusammenwachsen und um die notwendige Integration der

Zugewanderten aus vielen Ländern der Welt kümmert, den anderen Religionen und ihren AnhängerInnen eine „Heimat gibt“, schielt er nach Rechtsaußen. Dieses Gegeneinander wurde befeuert, als derselbe und Bundeskanzlerin Merkel mit jeweils emotionalen Botschaften um Zustimmung für 2 unterschiedliche Weltbilder warben. Die Soziologin Cornelia Koppetsch dazu im SPIEGEL: „Am Ende bleibt die Botschaft: Jene, die uns regieren, haben in grundlegenden Fragen keinen Konsens, wie

das Land aussehen soll. Das befördert das grassierende Gefühl von Heimatlosigkeit.“ Und das Verhalten der Intellektuellen befeuert diesen Trend dann auch noch, denn diese kosmopolitische Elite verhält sich doppelbödig und wirkt dadurch verlogen. Sie propagiert Weltoffenheit und fordert eine durchlässige Gesellschaft, in der jede und jeder dieselben Chancen hat. Aber wenn jemand ihr Weltbild nicht teilt, wendet sie sich verständnislos ab und erhebt sich im Namen einer höheren Moral.

Und in 30 Jahren?

Wie auch immer die Welt im Jahr 2048 aussehen mag, das Bedürfnis der Menschen nach Heimat wird nicht verschwinden, im Gegenteil. Je unübersichtlicher, je anonymere die Welt ist, desto größer wird auch dieses Bedürfnis sein. Die Globalisierung der Wirtschaft der letzten 30 Jahre hat das Bedürfnis nach Heimat eher verstärkt. Sie gibt immer mehr Menschen das Gefühl, die Selbstbestimmung über ihre Zukunft zu verlieren:



© Photo by Kevin Schmid on Unsplash

nicht mehr gewählte „Volksvertreter“, sondern anonyme Weltmärkte bestimmen über ihr Leben.

Es mag eine zahlenmäßig sehr kleine, aber politisch und medial sehr einflussreiche Gruppe von Menschen geben, deren Heimat die Flughafen- und Hotellounges und austauschbare Konferenzräume in irgendwelchen Metropolen sind – aber diese Menschen würden nie zugeben, dass sie überhaupt noch Heimat brauchen. Naserümpfend schauen diese „KosmopolitInnen“ auf die „gewöhnlichen Menschen“ herab, die so etwas noch brauchen, und sie haben keinerlei Hemmungen, weitreichende Entscheidungen zu treffen, die auf Kosten der Heimat solcher „gewöhnlicher Menschen“ gehen. Der Anteil solcher „KosmopolitInnen“ am wachsenden Bedürfnis nach Heimat dürfte weit größer sein, als diese selbst jemals zugeben würden. Für die EntscheidungsträgerInnen einer globalisierten Wirtschaft zählt in erster Linie die Rendite; das Gemeinwohl der Regionen, in der sie wirtschaften, spielt oft keine Rolle.

Sand im Getriebe der Wirtschaft

Wenn die Welt im Jahr 2048 „nachhaltiger“ sein sollte, wird das nur möglich sein, wenn überall auf der Welt Millionen Menschen erfolgreich ihre Heimat, ihre Lebensgrundlagen verteidigt haben werden – gegen eine neoliberale Ideologie, die restlos alles kommerzialisieren will, die die grenzenlose Konkurrenz aller gegen alle will, für die regionale Eigenheiten nur lästige Handelshemmnisse sind, für die die Natur nur eine Lieferantin möglichst billiger Rohstoffe und Energie ist. Die Menschen in Wyhl haben in den 1970er Jahren ihre Heimat gegen ein geplantes Atomkraftwerk verteidigt, die Menschen im Spessart das Hafenlohrthal gegen die Überflutung durch einen Stausee, so wie die Menschen in Ecuador den Yasuní-Wald gegen Ölkonzerne verteidigen oder die Menschen in Indien das Narmada-Tal gegen einen Staudamm, der Strom für die Metropolen liefern sollte. Sie alle waren und sind Sand im Getriebe einer Wirtschaft, deren globalisierte Profitlogik keine Heimat kennt.

Der Kampf um Heimat wird politisieren

Je „entwickelter“ eine Volkswirtschaft ist, desto weniger müssen

die Menschen ihre Heimat gegen Großprojekte schützen, einfach weil es dann weniger Großprojekte gibt. Talsperren und Atomkraftwerke baut in Deutschland niemand mehr. In Bayern konzentriert sich die Auseinandersetzung um den Schutz der Heimat heute in der breiten Bewegung gegen alltäglichen Flächenfraß, den Wachstumswahn so vieler KommunalpolitikerInnen, dem täglich 13 Hektar Heimat für sinnlose Gewerbegebiete zum Opfer fallen. In Zukunft werden Menschen noch sehr viel mehr gegen abstrakte, aber umso wirksamere überregionale und globale Kräfte ihre Heimat verteidigen müssen: gegen eine immer umfassendere Zentralisierung und Entdemokratisierung, gegen den Zugriff globaler Konzerne auf die Ressourcen und die Zerstörung regionaler Wertschöpfung, gegen eine Degradierung ländlicher Räume zur „Peripherie“ der Metropolen, gegen eine globale Spekulation mit Ackerland und Immobilien und vieles mehr. Die Menschen nehmen wahr, dass alle diese negativen Entwicklungen von ihren gewählten VolksvertreterInnen nicht nur nicht bekämpft, sondern immer wieder neu begünstigt werden, weil diese sie für „alternativlos“ halten. Der Kampf um die Heimat wird die Menschen deshalb in Zukunft viel mehr politisieren als in den Zeiten, in denen es „nur“ um die Verhinderung einer isolierten Talsperre, eines Atomkraftwerks oder einer Autobahn ging. Es geht um die Wiederherstellung von Demokratie, indem Alternativen zur herrschenden Politik wieder möglich werden. Mit „Rechts“ und „Links“ hat dies dennoch wenig zu tun: zentralistische Ideologien gibt es in rechter, liberaler oder linker Ausprägung, genauso wie es den Kampf um den Erhalt von Heimat, von regionaler Identität in progressiver wie auch in reaktionärer Ausprägung gibt.

Setzen sich die Entwicklungen der letzten 30 Jahre fort, was keineswegs unwahrscheinlich ist angesichts des derzeitigen politischen Mainstreams, werden wir heftige Konflikte um Nation, Identität, Heimat, Globalisierung und Weltoffenheit erleben. Die politisch gewollte oder billigend in Kauf genommene Umverteilung von unten wird weite Teile der Welt wirtschaftlich abhängen und den Menschen das Gefühl geben, sie sind Herrschaftsstrukturen schutzlos ausgeliefert. Wenn Menschen erleben, dass sie

von Weltoffenheit, Globalisierung und Multilateralismus mehrheitlich nur verlieren können, werden sie sie bekämpfen und subjektiv glauben, damit ihre Heimat, ihre Lebensgrundlagen zu verteidigen.

Immer wieder aufs Neue verteidigen

Es kann aber auch anders kommen. Nach 30 Jahren neoliberaler Globalisierung beginnen immer mehr Menschen zu verstehen, wie man ihnen im Namen der Marktöffnung ihre soziale Sicherheit zerstört hat. Kampf um Heimat heißt, den Einfluss der Weltmärkte und der sie dominierenden multinationalen Konzerne zurückzudrängen, regionale Wertschöpfung zu stärken und die Globalisierung selektiv zurückzuhalten. Wer in seiner Heimatregion gute wirtschaftliche Perspektiven hat, wird nicht zur Migration in die nächste Großstadt oder in ferne Länder gezwungen, kann stolz auf seine Heimat sein und sich dennoch – oder genau deshalb – Weltoffenheit leisten. In einer nachhaltigeren Welt 2048 werden wir, in Nord und Süd, stärkere und wirtschaftlich lebensfähige Regionen haben. Sie werden eine Heimat für die dort lebenden Menschen sein, die sie gegen eine Globalisierungsideologie multinationaler Konzerne und willfähriger PolitikerInnen immer wieder neu verteidigen. Sie werden sich weder auf Kosten anderer Regionen bereichern, noch werden sie anderen ihre Lebensform aufdrängen, denn sie werden nicht nur ihre Heimat, sondern die ganze Vielfalt dieses Planeten schätzen und schützen. Wer anderen Menschen die Heimat, die Lebensgrundlagen zerstört, wird früher oder später mit den Folgen konfrontiert. Auch das muss man gerade im reichen Deutschland immer wieder deutlich machen.



Sebastian Schönauer

Der Autor übt das Amt des Schatzmeisters im Präsidium des Deutschen Naturschutzrings aus und ist stellvertretender Landesvorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern.



© Photo by James Cicitira on Unsplash

BROT UND SPIELE

Sport als Schauspiel der Emotionen oder als Spielball der Macht?

Welche Rolle spielen Sportevents, insbesondere Großevents wie beispielweise die Olympischen Spiele oder die Fußballweltmeisterschaft, bei der Inszenierung politischer Größen und vor allem bei der Durchsetzung politischer Interessen? Werden sie als Ablenkung und Glorifizierung von einer Lage der Nation genutzt, die es nicht gibt? Als Inszenierung der „Schönen Neuen Welt“ – eine heile Welt an der Oberfläche, die begeistert, wobei es unter der Oberfläche brodelt?

Schon in den Klassikern der literarischen Diktaturvisionen wie Aldous Huxleys ‚Schöne Neue Welt‘ und George Orwells ‚1984‘ bedienten sich die MachthaberInnen nicht zuletzt des Entertainments, um das Volk zahm und ungefährlich zu halten. Dabei ist die Kritik, dass dies lediglich ein Format einer vermeintlichen Beschäftigungstherapie sei, um BürgerInnen ruhig zustellen, nicht allein auf Sportereignisse beschränkt. Sie trifft auch andere Formate zu, wie beispielsweise den zivilgesellschaftlichen Dialog mit den Staatsapparaten, den Civil 20-Prozess, der schon so manches Mal als „Partizitainment“ bezeichnet wurde – eine Fusion aus Partizipation und Entertainment. Ganz nach dem Motto: „Danke für das Gespräch, aber ansonsten business as usual“.

Doch warum werden insbesondere sportliche Großereignisse unter Generalverdacht gestellt, eine reine Propagandaveranstaltung der politischen Eliten des Gastgeberlandes und der internationalen Institutionen wie dem Weltfußballverband FIFA zu sein? Der Vorwurf ist nicht ganz neu, sondern vielmehr nun fast 2.000 Jahre alt. „Ängstlich“ und „unpolitisch“ sei das römische Volk geworden, klagte seinerzeit der Dichter Juvenal. Seiner Auffassung nach interessiere es sich nur noch für „Brot und Spiele“. Und somit habe der Machthaber selbst „leichtes Spiel“, sie in Schach zu halten, indem er mit Massenevents wie den Gladiatorenkämpfen die vermeintlich niederen Instinkte der Massen bediente und sie somit ruhigstelle.

Ist es heutzutage nicht etwas naiv, von einer direkten Ruhigstellung im

Sinne von Brot und Spiele auszugehen? Immerhin leben wir trotz aller Repression in manchen Ländern in einer diversen Mediengesellschaft mit verschiedensten Zugängen. Die Informationen sind so breit aufgestellt wie nie zuvor. Und trotzdem verändert die Festivität den Charakter der Berichterstattung ebenso wie den Fokus. Doch wird es in Zukunft immer schwerer werden, den Charakter dieser Berichterstattung in eine gewisse Richtung zu dominieren.

Hört mir überhaupt jemand zu?

Der Kampf um die Kommunikationsmittel währt schon lang: Privatisierungstendenzen, staatliche Zensur, „das Internet ist manipuliert und der Fernseher lügt sowieso“ ... Es werden auch im Jahr 2048 Informationen ihren Weg finden – wer sucht, der findet. Doch viel interessanter ist die Vision, ob ein einfaches sportliches Großereignis noch die Kraft entwickeln kann, Tausende von Menschen zu fesseln und gegebenenfalls abzulenken oder gar ruhigzustellen. Schon in 2018 sind wir als sozusagen „Nebenprodukt“ des

Raubtierkapitalismus einer Vielzahl von Reizen ausgesetzt und alles ist mehr oder weniger auf Knopfdruck verfügbar – es wird immer schwerer, die Menschen überhaupt für längere Zeit zu fesseln, und gleich recht auch noch alle an einen Kanal. Die Individualisierung der Gesellschaft wird bis 2048 vermutlich noch deutlich weiter vorangeschritten sein. Wahrscheinlich sehen wir dann alle unser individualisiertes Unterhaltungsprogramm vor unserem digitalen inneren Auge. Ein Auge widmet sich dann vielleicht noch der Fußballweltmeisterschaft, aber das andere spielt sicher ein Ego-Shooter-Videospiel oder hackt sich in den Twitter-Nachfolger Switch rein.

Propagandamaschinerie oder Völkerverständigung? Coubertin, der vermeintliche Wiederbegründer der Olympischen Spiele der Neuzeit, wollte seinerzeit, dass die Olympischen Spiele unpolitisch und für jede Nation frei zugänglich wären. Um einem Missbrauch der Spiele für die politischen Ziele des jeweiligen Gastlandes vorzubeugen, erlaubte er diesem lediglich, die Spiele in Form des Zeremoniells zu eröffnen: „Ich erkläre hiermit die Olympischen Spiele für eröffnet.“ – bekannt und dennoch interessant. Denn trotz dieses Versuchs wurden nicht zuletzt die Olympischen Spiele immer wieder für politische Zwecke benutzt, und ganz nebenbei sind sportliche Großevents natürlich ein gigantischer Wirtschaftsfaktor, der nicht nur bei den politischen Eliten Begehrlichkeiten weckt.

Gern zitiertes schauriges Beispiel sind die Sommerspiele 1936 in Berlin. Die NationalsozialistInnen nutzten diese Gelegenheit, um ihr Regime in der internationalen Öffentlichkeit in ein besseres Licht zu rücken. Durch die Inszenierung eines vermeintlich toleranten Wettbewerbs sollte der Welt ein friedliches und offenes Deutschland präsentiert werden. Doch dabei ging es nicht zuletzt um die Platzierung einer zerstörerischen Ideologie, außerdem wurde im Schatten der Spiele zugleich der Bau des unweit von Berlin gelegenen Konzentrationslagers Sachsenhausen vorangetrieben. Die sportbegeisterten BesucherInnen ließen sich indes von den Spielen berauschen: Bei der Eröffnung zog der 240 Meter lange Zeppelin Hindenburg die olympische Flagge über die Zuschauerränge

und 20.000 Friedenstauben stiegen in den Himmel. Glanz und Grusel in einer nicht seltenen Kombination.

Rote Karte für Russland?

Bei den Olympischen Winterspielen in Sotschi 2014 wollte der Gastgeber Russland sich gerne erstmals auf dem internationalen Parkett als modern und weltoffen präsentieren. So wurde vordergründig das Spektakel auf Hochglanz poliert, hintenrum aber verschlechterte sich die Situation der eigenen Bevölkerung in Bezug auf grundlegende BürgerInnen- und Menschenrechte eher. So wurde beispielsweise die Diskriminierung sexueller Minderheiten durch neu eingeführte Gesetze verstärkt. Kritische JournalistInnen und Nichtregierungsorganisationen kämpften mit Behinderungen ihrer Arbeit. ArbeitsmigrantInnen, die nicht zuletzt die Olympia-Anlagen errichtet hatten, erfuhren Ausbeutung, und ansässige Menschen wurden ohne entsprechende Entschädigung für den Bau der Anlagen verdrängt. Auch nach dem Ende der Fußballweltmeisterschaften in 2018 bleibt die politische Gesamtwetterlage in Russland düster. Protest war kaum möglich – in allen WM-Städten herrschte Demonstrationsverbot. Und so verwundert es kaum, dass viele Menschen auch weiterhin mit einer Verschärfung des ohnehin harschen Vorgehens gegen RegierungskritikerInnen rechnen.

Sport: zwar inhaltsfreies Drama, doch niemals machtfrei!

Und auch die Strukturen im Sport werden sich weiter verändern: Der Profisport kann durchaus Spiegel gesellschaftlicher Debatten sein und Grundsteine für eine Gesellschaft von morgen legen. So werden ab 2019 im Profi-Surfsport gleiche Preisgelder an weibliche wie männliche SportlerInnen ausgezahlt. Ein weiterer Schritt im gesellschaftlichen Diskurs um gleiche Bezahlung zwischen Frauen und Männern, der sich fortsetzen wird.

In Zukunft geht es eben nicht mehr nur um die Kritik an den sportlichen Großveranstaltungen selbst, sondern sie werden für gut inszenierte Politikampagnen durch die Zivilgesellschaft genutzt. So werden Themen miteinander in Verbindung gebracht, die weit über das Ereignis als solches hinausgehen. Beispielsweise die internationale Vernetzung der Arbei-

terInnen, die am Stadionbau der Großevents beteiligt sind. Diese leiden traditionell unter sehr schlechten Arbeitsbedingungen, auch Todesfälle sind nicht selten. Und eben hier führt eine vermehrte, fortführende Aufmerksamkeit zu einer tatsächlichen Verbesserung ihrer Situation. Wenn also zu jedem Großereignis das Thema wieder auf die Agenda gehoben wird, können nicht nur internationale Bezüge hergestellt, sondern auch grundsätzliche Probleme angegangen werden – wie eben systematische Menschenrechtsverletzungen. Zivilgesellschaftliche Bewegungen müssen also weiter bewusst die gesetzten Ereignisse von Sportevents oder Ähnlichem nutzen, um ihre eigene Geschichte zu erzählen.

Nicht alles ist Gold, was glänzt

Und doch zeigt die Erfahrung in Ländern wie Russland, aber auch beispielsweise Brasilien, dass Megaevents gleichzeitig der ansässigen Zivilgesellschaft als Momentum dienen, sich weiter zu organisieren, um auf Missstände aufmerksam zu machen, auf sich ändernde rechtliche Ausgangslagen für gesellschaftliche Minderheiten und vieles mehr: zur Bekämpfung von Armut und Bildungsnotstand oder der Verbesserung der medizinischen Versorgung und des öffentlichen Transportsystems. Diese Erkenntnis ist gesetzt und so wird sich in der „Schönen Neuen Welt“ in 2048 dieser Trend aller Voraussicht nach noch weiter zuspitzen – einerseits massive Manipulation und Kapitalspektakel, andererseits gezielte Vernetzung der Zivilgesellschaft, klare Artikulation über die Problemlage und gut inszenierte Nutzung der internationalen Aufmerksamkeit betroffener Gruppen und Regionen, die sonst nicht so sehr im Fokus stehen. Längst gilt nicht mehr die alleinige Deutungshoheit des Gastgeberlandes, sondern zivilgesellschaftliche Bewegungen gestalten mit, worum es bei den Großevents geht. Die Weichen für 2048 sind gestellt – lasst die Spiele beginnen!



Nelly Grotefendt

Die Autorin ist Referentin für Politik, Weltwirtschaft und Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

KRIEG IST FRIEDEN. FREIHEIT IST SKLAVEREI. UNWISSENHEIT IST STÄRKE.

Über das politische Wesen von Dystopien

Angesichts vermehrt zutage tretender Schattenseiten eines deregulierten Kapitalismus, zunehmenden weltweiten Ungleichheiten, steigender Umweltzerstörung und der wachsenden Schlagkraft populistischer oder rechtsautoritärer Politik, stellt das hohe Interesse an dystopischen Geschichten wenigstens eine interessante Besonderheit im Literatur- und Filmmarkt dar. Doch möglicherweise steckt weit mehr hinter dem – nicht neuen, aber ungebremsten – Wunsch, sich mit greifbaren und gleichzeitig erschreckenden Zukunftsvisionen auseinanderzusetzen. Ist die Existenz und Beliebtheit dystopischer Erzählung gar in ihrem Wesen politisch?

Die Geschichte der Dystopie beginnt eigentlich in der Utopie. Als Auftakt der utopischen Literatur gilt Thomas More's ‚Utopia‘ (1516). Das Buch schildert eine unentdeckte Insel mit einer auf Gleichheitsgrundsätzen basierenden Gemeinschaft und gilt als Kritik der europäischen Gesellschaft seiner Zeit. Es folgten bekannte utopische Werke, die eine ideale Gesellschaft an fernen Orten zu formulieren versuchen, mal in voller Ernsthaftigkeit (Sir Francis Bacon's ‚Nova Atlantis‘, 1627), mal mit einem Augenzwinkern (Jonathan Swifts ‚Gulliver Reisen‘, 1726). Mit der Veröffentlichung des rührseligen und übertrieben belehrenden utopischen Romans ‚Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887‘ (1888) von Edward Bellamy, war es dann aber vorbei mit der Dominanz positiver Zukunftsvisionen. Es folgten zahlreiche Satiren auf das Buch, das von der Überwindung sozialer Fragen durch Technik schwärmte. Erstmals fragten sich darin die AutorInnen nun in prosaischer Form: Was, wenn die Entwicklung von Menschheit und Zivilisation keine gute Zukunft mit sich bringt?

So bildete sich Ende des 19. Jahrhunderts das Genre der dystopischen

Literatur heraus, in der zukünftige Zivilisationen mit einer totalitären Herrschaft basierend auf absoluter Ordnung gezeichnet wurden. Im Gegensatz zur sehr viel älteren apokalyptischen Erzählungen, die sich schon in alten jüdischen und christlichen Texten finden, geht es nicht um den anarchischen Kollaps der Weltordnung, sondern um eine oberflächlich utopische Gesellschaft, unter deren Oberfläche jedoch genau das Gegenteil schlummert, häufig mit brutaler Macht stillgehalten.

Inspiration in der Grausamkeit der Menschheit

Die AutorInnen von Dystopien waren damals wie heute tief geprägt von den Erfahrungen und Beobachtungen ihrer Zeit. Sie reflektierten aktuelle politische Debatten in ihren Zukunftsvisionen. So war es bei den frühen dystopischen Werken wie H. G. Wells ‚Zeitmaschine‘ (1895) oder Yevgeny Zamyatin ‚Wir‘ (1924) die Auseinandersetzung mit der Monotonie und Unterdrückung in der Industrialisierung. Aldous Huxleys ‚Schöne Neue Welt‘ (1935) und George Orwells 1984 (1948) wiederum sind geprägt von den Erlebnissen der Au-

toren mit dem Kampf der politischen Systeme, Faschismus und Krieg. Ein berühmtes Zitat von Margret Atwood, deren Werke in den 1980ern von der rechtskonservativen Rhetorik der Reagan-Regierung in den USA beeinflusst wurden, lautet gar: „Meine Regeln für Der Report der Magd waren einfach. Ich würde nichts schreiben, dass die Menschheit nicht bereits getan hatte, an irgendeinem Ort, zu irgendeiner Zeit, oder wofür wir nicht bereits die Möglichkeiten hatten.“¹

Dystopische Romane und ihre Widerspiegelung der Wirklichkeit der AutorInnen machen längst nicht bei der Auseinandersetzung mit Totalitarismus Halt. ‚Der Circle‘ (2013) von David Eggers spinnt sich um ein Facebook-artiges Social Media-Unternehmen, welches das Leben der NutzerInnen vollends überwacht und mit immer neuen Apps umfassende soziale Kontrolle ausbaut. ‚Die Gabe‘ (2016) von Naomi Alderman dreht die Geschlechtermachtverhältnisse um, indem Frauen physische Dominanz über Männern gegeben wird, die wiederum zum Aufbau einer matriarchalischen Diktatur führt. Und um die Verschmelzung von Politik und Privatwirtschaft hat sich in den 1980ern ein ganzes eigenes Genre gebildet: Cyberpunk. Kommerz und Konzernmacht dominieren in diesen Dystopien Gesellschaft und Politik.

Eine – zugegeben eher witzige als wissenschaftliche – Theorie geht sogar von einer noch stärkeren Korrelation zwischen Politik und Kultur aus. Demnach erscheinen je nachdem, welche politische Partei in den USA an der Regierung ist, im Kino eher Vampir- oder eher Zombiefilme.² Die Demokratische Partei wird mit Vampiren assoziiert, die Werte

von Moral und Sexualität in Frage stellen, Religion ablehnen und das Fremde verkörpern. Zombies wiederum beherrschen die Kinos, wenn die Republikaner im Weißen Haus sitzen, und stellen die stumpfsinnige, von Konsum getriebene Masse dar, die ohne Raum für Individualismus die Welt übernehmen.

Freude am Weltuntergang

Die Veröffentlichungsrate dystopischer und apokalyptischer Romane, Serien und Filme ist weiterhin hoch, was sicherlich nicht zuletzt an der extremen Kommerzialisierung des Kulturbetriebs und dieses Genres liegt. Es bleibt jedoch bemerkenswert, dass sich einige Bücher über Generationen bewahrt haben und immer wieder neu Relevanz bei den LeserInnen hervorrufen. Insbesondere ‚1984‘ und ‚Schöne Neue Welt‘ bleiben eine Projektionsfläche aktueller politischer Interpretationen. Nicht ohne Grund nahmen im ersten Jahr nach der Amtseinführung von US-Präsident Donald Trump die Verkaufszahlen von ‚1984‘ laut dem Verlag Penguin Random House um 9.500 Prozent zu.

Das weiterhin große Interesse an dystopischen Geschichten kann viele Gründe haben. Genauso wie andere Kunstformen erfüllen Dystopien die Funktion, die Realität erfahrbar zu machen. Sie funktionieren somit als Spiegel, um mit dem Unbehagen über aktuelle politische, gesellschaftliche und technologische Entwicklungen umzugehen und diese als zyklischen Aspekt unserer zivilisatorischen Entwicklung einzuordnen. Dazu gehört auch das Bedürfnis, sich für kurze Zeit im Pessimismus wälzen zu dürfen. Es kann einer Form von

Eskapismus gleichkommen, für das Gefühl, dass es immer auch schlimmer geht. Vielleicht macht es auch einfach Spaß, dem Untergang einer Zivilisation zuzusehen.

Erst Fiktion dann Realität

Faszinierend an Dystopien ist allemal ihre Eigenschaft, die Gegenwart, in der wir uns als RezipientInnen heute befinden, (wenigstens in Ansätzen) vorausgesagt zu haben.

Vollüberwachung durch den Staat à la ‚1984‘ von George Orwell? Längst Wirklichkeit in zahlreichen Orten der Welt – wie in der autonomen Provinz Xinjiang in China, Heimat der muslimischen Minderheit Uiguren. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung hat die chinesische Regierung dort in den letzten Jahren Sicherheitsmaßnahmen im Wert von 8,8 Milliarden US-Dollar umgesetzt, darunter massive öffentliche Überwachung inklusive Gesichtserkennung. Derzeit arbeitet sie an dem Aufbau einer DNA-Plattform, die unter anderem Iris-Scan, Fingerabdrücke und Blutgruppe aller BewohnerInnen Xinjongs im Alter von 11 bis 65 speichert.³

Automatisierte Kriegsführung mit intelligenten Killermaschinen wie in James Camerons 1984 erschienen Film ‚Terminator‘ nur Phantasie? Schon lange nicht mehr. Ein Bericht von Human Rights Watch rief im August 2018 die Staatengemeinschaft zur Ächtung von Killer-Robotern auf.⁴ Vollautomatische Kriegsgeräte werden derzeit von Staaten wie den USA entwickelt, darunter Drohnen, die selbst über ihren Waffeneinsatz entscheiden. Die Entwicklung von vollautonomen Waffensystemen wurde

laut der britischen Zeitschrift The Guardian bereits 2012 vom britischen Verteidigungsministerium selber als „stufenweise und unfreiwillige Reise in eine Realität ähnlich wie in Terminator“ beschrieben.⁵

Klimawandel – erst bekannt seit den 1990ern? Weit gefehlt – schon 1962 erschuf J. G. Ballard in ‚Paradiese der Sonne‘ eine post-apokalyptische Welt, in der von globaler Erwärmung verursachte Umweltveränderungen und Überschwemmungen die Welt fast unbewohnbar machen.⁶ Eine völlig überhitzte (und zugebaute) Welt beschreibt auch Philip K. Dick in ‚Die drei Stigmata des Palmer Eldritch‘ (1965). In dem Roman sind übrigens die Vereinten Nationen herrschende politische Kraft, allerdings als alles dominierende Machtinstitution, die Menschen zu Zwangsarbeit auf dem Mars verpflichtet.

Politische Mobilisierung auf Basis von Dystopien

Im Hinblick auf die inhärent politische Natur des Genres stellt sich zwangsläufig die Frage, ob sich daraus nicht Mobilisierungspotential ziehen lässt. Die Auseinandersetzung mit Dystopien macht Handlungsoptionen im Umgang mit gesellschaftspolitischen Entwicklungen erlebbar – sei es Systemkonformität oder Widerstand – ohne direkt involviert sein zu müssen. Eine interessante Theorie geht davon aus, der Anstieg des Interesses an Dystopien in der Mainstream-Kultur könne aufzeigen, dass bestimmte problematische Entwicklungen, sei es die Bedrohung der Welt durch den Klimawandel oder die (Rück-)eroberung politischen Raums durch autoritäre Kräfte, in der Wahrnehmung einer breiteren Bevölkerung angekommen seien.⁷ Beispiel dafür wäre die deutliche Zunahme an Weltuntergangsfilmen, die sich insbesondere seit den frühen 2000ern mit der Zerstörung von Zivilisation und Welt durch Klimawandel und Seuchen befassen, und die breite Unterstützung bspw. auf Demonstrationen für eine andere Klimapolitik. Ebenso spannend ist in diesem Zusammenhang die intensive Debatte, die der Film ‚Avatar‘ (2009) hervorbrachte, als Analogie zu den zerstörerischen Folgen des Kolonialismus und im Gegensatz zum Natur-Mensch-Konzept indigener Gesellschaften.

Tatsächlich findet sich bereits jetzt beispielsweise im feministischen Protest zunehmend die Nutzung



© Jonny Hughes (BY 2.0)

dystopischer Kunstelemente. Allen voran gehört dazu die Verkleidung von Aktivistinnen als unterdrückte, sexuell ausgebeutete Mägde aus Margret Atwoods ‚Der Report der Magd‘ (1985), klar erkennbar an den roten, formlosen Mänteln und weißen Hauben. Zuletzt nutzen im Sommer 2018 Befürworterinnen der Initiative zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen in Argentinien deren Kostüme als Protestelement. Die Botschaft lautet nicht nur, schaut, was passieren kann, sondern schaut, was bereits Realität ist, in diesem Fall in Bezug auf die Selbstbestimmung der Frau über ihren Körper.

Bekannt ist auch die Verwendung der ‚V wie Vendetta-Maske‘ durch die Anonymus- und Occupy-Bewegung, angelehnt an die 1982er Graphic Novel von Alan Moore und die 2005er Verfilmung. Dass gerade diese Bewegung, aber auch die Symbolik von ‚1984‘, von der Neuen Rechten gekapert und genutzt wird, darf allerdings nicht unbeachtet bleiben. Dystopien haben selbstverständlich auch für undemokratische Bewegungen ihren Charme.

Think negative and change the world?

Politische Strategien vieler Nicht-regierungsorganisationen zielen oft darauf ab, positive Botschaften setzen zu wollen. Nicht die MiesmacherInnen sein, nicht die Menschen abstupfen mit dem Weltuntergang. Das ist ein wichtiges und nicht zu vernachlässigendes Element politischer Arbeit. Doch warum nicht auch die Kraft der dystopischen Kunst als ein Werkzeug sehen, um gegen illiberale Strukturen oder für progressive Politik zu argumentieren? Kunst und Kultur haben immer auch die Macht, unsere Gedanken zu formen und uns neu auf die Welt schauen zu lassen. Dystopien können uns beim Neudenken von Zukunftsszenarien helfen, vis-à-vis dessen, was es zu verlieren gibt oder in Bezug auf die Optionen politischen Handelns.

Damit dies gelingt, braucht es aber dringend eine Erweiterung des Diskurses. Denn es fällt auf, dass die bekanntesten dystopischen Bücher – die immerhin weltweit gelesen und verlegt werden – von weißen, amerikanisch-europäischen Männern geschrieben wurden und werden. Wenige Ausnahmen konnten sich im harten Geschäft des Bücher-/Filmmarktes durchsetzen. Das ist in vielerlei Hinsicht relevant. Nicht

nur zeichnet dies die Machtstrukturen im Kulturbereich, die wenigstens seit #metoo vermehrt thematisiert werden. Sondern es hat auch globale Auswirkungen im Angesicht der Tatsache, welche Bedeutung den politischen Systemen und technologieorientierten Ökonomiemodellen des euro-amerikanischen Raums weltweit gegeben wird. Ist die Angst vor einer konsumeristischen, algorithmengesteuerten Diktatur wirklich ein globales Phänomen, oder vor allem Teil der Auseinandersetzung mit der westlichen Politik und Ökonomie? Welche Bedeutung hat der Export westlicher Kulturvorstellung im Zusammenhang von marktwirtschaftlichen Entwicklungsmodellen à la Bretton Woods? Überspitzt gesagt: Ist Orwell als Pflichtlektüre in afrikanischen Schulen ein stiller Helfer in der Akzeptanz des Kapitalismus als einzig logischer, alternativer Form des Wirtschaftens? Und selbst wenn, ist die dystopische Antwort auf den Druck des Neoliberalismus nicht eigentlich eh je nach Weltregion verschieden?

Politisch verwertbare Dystopien müssen mehr sein, als (wieder einmal) nur die good old Angst des weißen Mannes. Ein alternativer Blick auf die Zukunft, sei es in Dystopien oder Utopien, geprägt von einer anderen Lebenswirklichkeit als der europäischen Mittelschicht und anderen politischen Realitäten und Möglichkeiten, kann dem Genre ganz neue, spannende Perspektiven eröffnen, aber vor allem auch politisches Handeln und Arbeiten neu beflügeln. Denn es muss darum gehen, dass die Zukunft nicht allein für die globale Elite nicht dystopisch wird – sondern für niemanden. Politische Bewegungen, die kapitalistische und populistische Tendenzen oder Realitäten bspw. in Europa und den USA ankreiden, sollten sich vor Augen führen, ob ihre Sorge nicht für einen Teil ihrer eigenen Gesellschaften (z. B. ethnische oder sexuelle Minderheiten) oder Menschen im Globalen Süden bereits Realität ist. Ein elitengeführter Angstdiskurs bringt wenig, wenn er sich nur um sich selbst und der Verlust der eigenen Vorherrschaft dreht. Wie sieht eine Dystopie aus der Perspektive einer Bewohnerin von Lagos, dem Amazonas oder der mongolischen Steppe aus? Was davon ist bereits Realität? Haben sie gegebenenfalls ganz andere Sorgen, als wir es durch unsere „europäische Brille“ annehmen? Was davon kann uns inspirieren, eine positive Zukunft

zu verwirklichen, die allen Menschen der Welt zugutekommt?



Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für nachhaltige Entwicklung beim Forum Umwelt und Entwicklung und schwankt tagtäglich zwischen glühendem Utopismus und dystopischem Weltschmerz.

Lust auf alternative Dystopien? Einige Leseempfehlungen:

‚Nacht der braunen Schatten‘ (1937), Katharine Burdekin (England)
 ‚Termitenhügel in der Savanne‘ (1987), Chinua Achebe (Nigeria)
 ‚Ghost in the Shell‘ (1989), Masamune Shirow (Japan)
 ‚Brown Girl in the Ring‘ (1998), Nalo Hopkinson (Jamaika/Kanada)
 ‚The Slynx‘ (2000), Tatjana Nikititschna Tolstaja (Russland)
 ‚Wer fürchtet den Tod‘ (2010), Nnedi Okorafor (Nigeria/USA)
 ‚Super Sad True Love Story‘ (2010), Gary Shteyngart (USA)
 ‚The Waste Tide‘ (2013), Chen Quifan (China)
 ‚Signs Preceding the End of the World‘ (2015), Yuri Herrera (Mexiko)
 ‚The Queue‘ (2016), Basma Abdel Aziz (Ägypten)

- 1 <https://www.theverge.com/2016/11/8/13561522/presidential-election-political-novels-to-read-science-fiction-dystopia>.
- 2 <http://www.mrscienceshow.com/2009/05/correlation-of-week-zombies-vampires.html>.
- 3 <https://thediplomat.com/2018/08/uyghurs-present-is-the-future-for-most-chinese/>.
- 4 <https://www.hrw.org/report/2018/08/21/heed-call/moral-and-legal-imperative-ban-killer-robots>.
- 5 <https://www.theguardian.com/world/2012/apr/02/rise-of-the-drones-military-dilemma>.
- 6 https://de.wikipedia.org/wiki/Forschungsgeschichte_des_Klimawandels.
- 7 <https://www.dissentmagazine.org/article/dystopia-and-the-end-of-politics>.

AUF EINEN BLICK

Das passiert in der Schönen Neuen Welt

Genau wie in den berühmten literarischen Vorlagen, wie Aldous Huxleys ‚Schöne Neue Welt‘ und George Orwells ‚1984‘, soll die Konferenz durch einen Sprung in die Zukunft eine kritische Reflektion sowohl unserer aktuellen gesellschaftlichen Lage als auch der großen Trendwenden und Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte ermöglichen. Das gesamte Veranstaltungskonzept ist darauf ausgerichtet, als fände die Konferenz im Jahr 2048 statt – 100 Jahre nachdem George Orwell das berühmte Buch ‚1984‘ schrieb. Dabei vereint die zweitägige Veranstaltung Elemente einer Inszenierung, einer Kunstinstallation und eines Schauspiels mit hochwertigem fachlichem Austausch und Debatten. Damit wird den Teilnehmenden ermöglicht, auf vielfältige Art und Weise in unterschiedliche Zukunftsutopien und -dystopien einzutauchen. Jenseits des politischen Tagesgeschäfts soll so ein Raum für informierte Diskussionen zu gesamtgesellschaftlichen Trends und unsere gestaltende Rolle in diesen Entwicklungen eröffnet werden.

Am 8ten und 9ten November nehmen wir Sie mit auf eine Reise in die Zukunft. Nicht nur unsere Mitglieder aus der Zivilgesellschaft sind willkommen, wir freuen uns auf Teilnehmende aus der Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, dem Journalismus und allen anderen Richtungen. Unter der Kuppel des Weddinger Silent Green werfen wir einen Blick in die Welt von 2048. 2 Szenarien bilden den Kern der inhaltlichen Auseinandersetzung für die beiden Veranstaltungstage und sollen den roten Faden der Diskussionen bilden.

Utopie, Dystopie oder was dazwischen?

Szenario A skizziert eine Zukunft, in der sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Forderungen aus der Zivilgesellschaft verschoben haben. Welche Wege und Entscheidungen haben uns an diesen Punkt gebracht? Wurden die richtigen Weichenstellungen für eine sozial-ökologische Wende in der Landwirtschafts-, Energie-, Klima-, Umwelt, Handels- und Wirtschaftspolitik gestellt? Ist unsere Gesellschaft nun gerechter und demokratischer?

In einem Szenario B wiederum hat sich der neoliberale Trend fortgesetzt und die Konzerne haben ihre Lobbyarbeit erfolgreich vorangetrieben. Schafft es der unerschütterliche Glaube an ständiges Wachstum und technologische Lösungen tatsächlich,

Antworten auf die dringendsten Herausforderungen unseres Jahrhunderts zu liefern? Wie haben sie das geschafft und wo haben hier die Nichtregierungsorganisationen versagt? Im Fokus steht die Frage, wie die Lebensbedingungen auf dem Planeten Erde im Jahre 2048 aussehen. Prägen globale Katastrophen, Krisen und Konflikte unser Leben?

Die Zukunftsforen

Anhand von 8 thematischen Schwerpunkten sollen diese Szenarien in parallelen Foren skizziert und diskutiert werden. Fiktive, aber realistische, globale Meilensteine in Politik und Wirtschaft oder auch potenzielle Naturereignisse (wie Umweltkatastrophen) bilden dabei die Leitplanken für den Ablauf der Diskussionen. Beide Szenarien werden von fachlich bekannten InputgeberInnen vertreten. Das Format setzt die Bereitschaft aller Präsentierenden voraus, sich auf das Setup dieser etwas außergewöhnlichen Konferenz einzulassen und den Blick jenseits von tagespolitischen Momentaufnahmen zu öffnen.

Am ersten Tag der Konferenz nehmen wir uns die Themen Bioökonomie & Landwirtschaft, soziale Ungleichheit, Nord-Süd-Verhältnis und die Zukunft Europas vor. Der zweite Tag ist der Digitalisierung, dem Klimawandel, dem Ländlichen Raum und der Zukunft der Demokratie gewidmet.

Spiel und Poesie

Als Gegenpol zu den inhaltlichen Diskussionen bietet eine Theateraufführung am ersten Abend sowie ein Poetry Slam mit 5 ZukunftspoetInnen am zweiten Tag die Gelegenheit, die Gedanken frei zu lassen. Auch ein paar bekannte Zeitreisende wie Aldous Huxley, Margret Thatcher und Niccolò Machiavelli werden uns die Ehre erweisen. Ergänzend ermöglichen vielfältige Interaktionsmöglichkeiten über den gesamten Konferenzzeitraum hinweg die Gelegenheit, die Eindrücke zu reflektieren und mit anderen Zeitreisenden in den Dialog zu treten.

Sehen, hören, schmecken

Unter der Kuppel des früheren Krematoriums (was das Silent Green ironischerweise ist) werden Sie durch eine Sound- und Lichtinstallation der ganz besonderen Art in die Schöne Neue Welt eintauchen. Doch nicht nur musikalisch und visuell, auch geschmacklich wird die Schöne Neue Welt durch ausgefallene Gerichte erfahrbar gemacht – selbstverständlich sowohl solche aus dem erhofften Szenario A, als auch solche im Stil des weniger gewünschten Szenarios B. Bio, regional und saisonal oder doch lieber industriell gefertigt und im Labor gezüchtet?

Wir freuen uns, Sie bald in der Schönen Neuen Welt begrüßen zu dürfen!

Sie können bereits einen Einreiseantrag für die Schöne Neue Welt 2048 stellen. Wir werden Sie zeitnah darüber informieren, ob dieser genehmigt wird. Für die Konferenz wird ein Beitrag von 20 Euro erhoben. Im Anschluss erhalten Sie dann ein Visum für die Einreise am 8ten und 9ten November. Die Konferenz wird in deutscher Sprache stattfinden.

Den Einreiseantrag finden Sie unter: <https://www.snw2048.de/einreiseantrag-stellen/>

Bleiben Sie informiert über unsere Konferenzhomepage www.snw2048.de und Twitter [@SNW2048](https://twitter.com/SNW2048).

Schöne Neue Welt

8.—9.
November 2018

